

Christian G. Nagel

## **Anfrage aus dem Kulturbereich – Zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 2026**

an Kandidatinnen und Kandidaten der Wahlkreise 46 (Freiburg I), 47 (Freiburg II), 48 (Breisgau), 49 (Emmendingen), 56 (Konstanz), 58 (Lörrach) und 59 (Waldshut)

sowie an die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten aller zur Wahl zugelassener Parteien

Anlagen:

- Mein Anschreiben an die KandidatInnen der Parteien CDU, SPD, Grüne, FDP, AfD, Die LINKE, Die PARTEI, Volt, Freie Wähler, DieBasis, BSW, Klimaliste BW, Die Gerechtigkeitspartei, Partei der Humanisten, Bündnis C, ÖDP, Partei für Verjüngungsforschung und Werte Union.

- Die Antworten der KandidatInnen in der Reihenfolge ihres Eingangs:

1. Peter Schelshorn (CDU)
2. Peter Riedlinger (BSW)
3. Ahsan Kurt Bashir (Die Gerechtigkeitspartei)
4. Stefan Ruppenner (Freie Wähler)
5. Stefanie Wernet (CDU)
6. Andreas Stoch (SPD)
7. Alexander Kauz (Die LINKE)
8. Sarah Schnitzler (Die LINKE)
9. Martina Böswald (AfD)
10. Dr. Hans-Ulrich Rülke (FDP)
11. Patrick Konopka (FDP)
12. Lars Hofmann (Die LINKE)
13. Daniela Evers (Bündnis 90/Die Grünen)
14. Christina Hesse (Freie Wähler)
15. Daniel Niedzwetzki (BSW)
16. Patrick Konopka (FDP)
17. Georg Köchling (Volt)
18. Kim Sophie Bohnen (die LINKE)
19. Eric Waibel (die LINKE)
20. Anna Selina Staffa (CDU)
21. Matthias Jehle (AfD)

Stand: 6.3.2026

Prof. Christian Nagel  
Neuwelt 3a  
79271 St. Peter

St. Peter, den 23. Februar 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich schreibe Ihnen, da Sie sich als Kandidat/in für die kommende Landtagswahl bewerben.

Mein Name ist Christian Nagel, ich bin Pianist und schreibe Ihnen hier nicht nur in meinem eigenen Interesse, sondern stellvertretend für meine Branche - Kunst und Kultur.

Ich schreibe Ihnen in meiner Eigenschaft

- als Professor der Musikhochschule Freiburg (und damit im Interesse all jener, die sich in einer künstlerischen Berufsausbildung befinden und später von ihrer Musik leben wollen, aber auch im Bereich Lehramt Musik an allgemeinbildenden Schulen tätig sind)
- als Lehrender und Workshopleiter an Musikschulen und im privatmusikalischen Bereich (und damit im Interesse jener, die Musik als Hobby betreiben und kulturelle Veranstaltungen besuchen)
- als Leiter mehrerer Chöre und Chorprojekte im Badischen Chorverband (und damit im Interesse der musikalischen Breitenkultur, des Ehrenamts, der Vereine, die das Rückgrat unserer Zivilgesellschaft sind)
- als Freier Mitarbeiter u.a. des Theaters Freiburg, des SWR-Orchesters und der Bodensee-Philharmonie Konstanz (und somit im Interesse von Institutionen der „Hochkultur“ und ihrer treuen Besucher)

Alle oben genannten Einrichtungen stehen aktuell und langfristig unter großem wirtschaftlichem Druck. Bereits zu Beginn der Corona-Pandemie war absehbar, dass der Kulturbereich am härtesten und längsten von dieser Notlage betroffen sein würde. Überbrückungshilfen und zahlreiche Förderprogramme konnten nur kurzfristig darüber hinwegtäuschen, dass unserer Branche ein schwerer Schaden zugefügt wurde. Die Zahlen des jährlichen erscheinenden *Monitoringbericht Kultur- und Kreativwirtschaft* des Bundeswirtschaftsministeriums sprechen für sich.

Zu den Härten der Pandemie kamen in ungewohnt schneller Folge weitere Krisen hinzu: Der Ukraine-Krieg veranlasste die Bundesregierung zu hohem finanziellen Engagement, zudem erleben wir seither eine Inflation. Der Problematik des Klimawandels versuchte die Bundesregierung ebenfalls auf eine Weise entgegenzusteuern, die mit hohen Kosten für die Allgemeinheit verbunden ist. Die erhoffte Erholung „nach Corona“ bleibt im Kulturbereich weiterhin aus, wie der Deutsche Kulturrat feststellt.

Dagegen scheint Kunst und Kultur im aktuellen Wahlkampf kein Thema zu sein. Jedenfalls findet sie auf Wahlplakaten keine Erwähnung, auch in Parteiprogrammen findet sich wenig Konkretes darüber. So steht zu befürchten, dass die Kulturbranche erneut und dauerhaft als Verliererin aus den multiplen Krisen hervorgeht. Dabei muss festgehalten werden, dass man zwar den Krisen selbst

vielleicht ein schicksalhaftes Moment zuschreiben kann, nicht aber ihrer Gestaltung durch die Politik.

Es liegt auf der Hand, dass die enormen öffentlichen Mittel, die zur Bewältigung der Krisen aufgewendet wurden und werden, auch in den kommenden Jahren massive Kürzungen zur Folge haben. Schon jetzt ist der kulturelle Sektor von diesen Kürzungen unverhältnismäßig stark betroffen, da öffentliche Ausgaben für Kultur zu den „freiwilligen Leistungen“ zählen.

Das Beispiel Berlins führte uns vor gut einem Jahr vor Augen, was dann passiert: Es wurde ein Landshaushalt beschlossen, der kurzfristige Einsparungen von 130 Mio. im Kulturbereich vorsieht – was einem Anteil von über 10% des gesamten Kulturetats entspricht. Betroffen sind von diesen drastischen Kürzungen nicht nur die etablierten Institutionen, sondern vor allem die Kulturschaffenden der freien Szene, die sich ohnehin am Rande des Existenzminimums befinden.

Dabei könnte noch mehr auf dem Spiel stehen: dass ein reiches kulturelles Erbe, das über Jahre, Jahrzehnte und Jahrhunderte mit Leidenschaft gepflegt wurde, aus kurzfristigen, tagespolitischen Erwägungen heraus nachhaltig zerstört wird.

Kulturschaffende aus dem Profi- und Amateurbereich aller Sparten wünschen sich eine verlässliche Zusage der Politik, auch und gerade in Krisenzeiten der stärkenden und verbindenden Kraft der Kunst und Kultur Raum zu geben. Und wenn schon gespart werden muss, darf von den politisch Verantwortlichen erwartet werden, dass sie den - notwendigen - strukturellen Wandel im Kulturbereich aufbauend mitgestalten.

Hier sind Sie gefordert. Ich bitte Sie hiermit um

- Ihre Stellungnahme zu den oben skizzierten Problemen: **Ihr Statement für die Kulturbranche.**

- Ihre Stellungnahme zu folgenden Fragestellungen:

\* Wie verstehen Sie die Aufgaben Ihrer Landesregierung in Hinblick auf die Förderung von Hoch- und Breitenkultur? Halten Sie „Neustart Kultur“ für ein zukunftsfähiges Modell der Kulturförderung schlechthin?

\* Durch Haushaltssperren in vielen Kommunen können lokalen Kulturinstitutionen (darunter städtische Orchester) derzeit keine verlässliche Zusagen für den Weiterbetrieb gegeben werden. Was möchten Sie tun, um haushälterische Versäumnisse der Vergangenheit in Ordnung zu bringen?

\* Wie verstehen Sie die Kunstfreiheit, die unsere Verfassung zunächst ohne Einschränkung garantiert? Wie stehen Sie zu den Versuchen, KünstlerInnen von Förderungen oder gar Auftrittsmöglichkeiten auszuschließen („Cancel Culture“), weil sie als „umstritten“ beschrieben werden? Sollten sich Kulturinstitutionen an von Kriegsparteien geforderten Sanktionen beteiligen, oder nicht vielmehr über Konflikte hinaus Brücken bauen?

\* Was haben Sie vor, zum Thema Generative Künstliche Intelligenz zu unternehmen, die bereits heute den Kunst- und Musikmarkt mit ihren Erzeugnissen überschwemmt und dabei massive Urheberrechtsverletzungen begeht?

\* Wussten Sie schon, dass wir bundesweit einen erheblichen Mangel an Lehrkräften im Bereich der musikalischen Bildung auf uns zukommen sehen - im fünfstelligen Bereich? Wie sollten wir Ihrer Meinung nach diesem Problem begegnen?

- Selbstverständlich freue ich mich über Äußerungen zur besonderen Bedeutung von Kultur für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, Demokratie etc., sofern sie über allzu Allgemeines hinausgehen und etwas Substanzielles zu dieser Thematik beizutragen haben.

Es ist möglich, dass Sie sich bereits an anderer Stelle zu diesen Fragen geäußert haben. Falls ja, bitte ich Sie um einen Hinweis, wo ich Ihre Äußerungen finden kann.

Ich habe vor, Ihre Antworten im Rahmen der oben genannten Kulturinstitutionen (Hochschulen, Musikschulen, Chorverband, Theater) zu veröffentlichen. Bitte geben Sie mir einen Hinweis, falls Sie dies nicht wünschen.

Wenn Sie Rückfragen haben oder in einen persönlichen Austausch treten möchten, zögern Sie nicht, mich zu kontaktieren. Sie erreichen mich per Mail unter [christian@nagelmusic.de](mailto:christian@nagelmusic.de) oder mobil unter 0176-76549450.

Ich freue mich auf Ihre Beiträge und verbleibe mit freundlichen Grüßen und besten Wünschen,

Ihr

Christian Nagel.

## Antwort 1: Peter Schelshorn (CDU):

---

Sehr geehrter Herr Professor Nagel,

vielen Dank für Ihr ausführliches Schreiben und Ihr großes Engagement für Kunst und Kultur.

Für mich ist klar: Kultur ist kein Luxus. Kultur ist ein zentraler Bestandteil unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts und unserer kulturellen Identität. Das gilt besonders vor Ort in den Kommunen. Sie stärkt Demokratie, Bildung und Zusammenhalt. Das gilt in den Städten ebenso wie im ländlichen Raum. Gerade in Baden-Württemberg mit seiner starken Vereins- und Musiktradition ist Kultur ein tragendes Fundament unseres Gemeinwesens.

Zur Lage der Kulturbranche:

Die Folgen von Pandemie, Inflation und steigenden Kosten treffen den Kulturbereich bis heute spürbar. Deshalb braucht es vor allem Verlässlichkeit, Planungssicherheit und eine strukturelle Förderung statt kurzfristiger Einzelprogramme. Kulturpolitik muss langfristig angelegt sein.

Zur Rolle des Landes:

Das Land Baden-Württemberg trägt Verantwortung für Hochkultur und Breitenkultur gleichermaßen. Theater, Orchester und Hochschulen sind ebenso wichtig wie Musikschulen, Chöre, Vereine und das Ehrenamt. Diese kulturelle Vielfalt ist eine große Stärke unseres Landes und verdient verlässliche politische Unterstützung.

Zu den kommunalen Haushalten:

Viele Kommunen stehen finanziell unter erheblichem Druck. Kultur wird häufig als freiwillige Aufgabe eingeordnet. In Wirklichkeit ist sie jedoch ein wichtiger Standortfaktor und ein Teil der Lebensqualität vor Ort. Deshalb brauchen Städte und Gemeinden eine verlässliche Finanzausstattung und mehr Planungssicherheit für kulturelle Einrichtungen.

Zur Kunstfreiheit:

Die Kunstfreiheit ist ein hohes Gut unserer Verfassung. Sie gilt ohne Einschränkung. Kunst muss frei sein und gesellschaftliche Debatten ermöglichen. Kultur soll Brücken bauen und den Dialog fördern. Das gilt besonders in polarisierten Zeiten.

Zu Künstlicher Intelligenz:

Die Entwicklung generativer KI stellt die Kultur- und Kreativwirtschaft vor neue Herausforderungen. Urheberrechte, geistiges Eigentum und faire Vergütung müssen konsequent geschützt werden. Technologischer Fortschritt darf nicht zulasten der künstlerischen Leistung gehen.

Zum Lehrkräftemangel in der musikalischen Bildung:

Musikalische Bildung ist ein wesentlicher Bestandteil ganzheitlicher Bildung. Wir brauchen mehr attraktive Ausbildungswege und verlässliche Perspektiven im Schuldienst. Zudem ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Schulen und Musikschulen notwendig. Baden-Württemberg muss auch künftig ein Land der Musik und der kulturellen Bildung bleiben.

Mein Grundsatz ist klar:

Kultur braucht Verlässlichkeit, Wertschätzung und stabile Rahmenbedingungen. Gerade in finanziell schwierigen Zeiten dürfen Kultur, Bildung und Ehrenamt nicht an den Rand gedrängt werden. Sie sind ein zentraler Pfeiler unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts und unserer Identität als Kulturland Baden-Württemberg.

Gerne dürfen Sie meine Antwort veröffentlichen. Für einen persönlichen Austausch stehe ich jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Schelshorn  
Bürgermeister der Stadt Schönau im Schwarzwald  
CDU-Landtagskandidat Wahlkreis Lörrach

## Antwort 2: Peter Riedlinger (BSW)

---

Sehr geehrter Herr Prof. Nagel,

herzlichen Dank für Ihre Anfrage und Ihre Ausführungen zur Frage der Kulturpolitik in Zeiten multipler Krisen. Ich teile Ihre Analyse und Sorgen um die Zukunft unserer Kunstschaaffenden im Land in vollem Umfang. Meiner Ansicht nach, geht es dabei nicht nur um den einzelnen Akteur, dieses oder jenes Ensemble, das der Sparhammer treffen wird oder einen generellen clear cut durch die Kultur, wie ihn der Berliner Senat bereits vorexerziert hat. Nein, es geht um einen fundamentalen Paradigmenwechsel einer Kulturnation: hier geht es um die Kultur an sich!

Wenn wir allen Ernstes wieder eine Militärmacht werden sollen, trotz unserer unheilvollen Geschichte als eben jene Militärmacht, dann sehe ich genau hier den eigentlichen Epochenbruch und die Zeitenwende gekommen. Dann haben wir nicht aus der Geschichte gelernt, sondern sie vergessen. Der neue, alte Militarismus gewinnt die Oberhand und Krieg wird scheinbar wieder möglich und deshalb aktiv vorbereitet. Unfassbare Summen fließen seit Jahren genau in diese indirekte Kriegsbeteiligung, sowie in Vorbereitungen zur direkten Kriegsführung und wenn wir dann tatsächlich fünf Prozent vom BIP in die Aufrüstung stecken, stellt sich keine soziale und auch keine kulturelle Frage mehr.

Es ist auch an der Kunst und den Künstlern, dies den Politikern nicht durchgehen zulassen. Leider macht sich hier schon das einschüchternde Klima der cancel culture bemerkbar, sodass sich kaum ein bekannter Künstler kritisch positioniert. Deshalb danke ich jeder besorgten Stimme, die über die Konsequenzen fragwürdiger politischer Entscheidungen aufklärt. Es gibt immer Alternativen, wie Konflikte gelöst werden können. Die Politik der Konfrontation ist die teuerste, die unvernünftigste, die kontraproduktivste, die destruktivste.

Der wirtschaftliche Niedergang ist der eigenen gescheiterten Politik geschuldet, der kulturelle wird in Kauf genommen. Wer dies tut, hat nicht die Zukunft des Landes im Blick!

Das BSW plädiert für einen fundamentalen Politikwechsel mit massiven Investitionen in Bildung, zivile Infrastruktur, soziale Sicherungssysteme. Hier wird unser aller Wohlstand generiert und gesichert und ganz sicher nicht mit weiterer Militarisierung.

Sie dürfen davon ausgehen, dass ich mich mit jeder Faser meines Denkens und Handels dagegen wehren werde, wenn wertvolle Ressourcen derart verschwendet werden.

\* Wie verstehen Sie die Aufgaben Ihrer Landesregierung in Hinblick auf die Förderung von Hoch- und Breitenkultur? Halten Sie „Neustart Kultur“ für ein zukunftsfähiges Modell der Kulturförderung schlechthin?

Ich bin der festen Überzeugung, dass es stattdessen eine stabile und solide Finanzierung für eine sinnstiftende und gesellschaftlich relevante Kunst/Kultur braucht, sei es Hoch- oder Breitenkultur. Wir sind und wollen eine Kulturnation sein, die sich weiter ent-wickeln können soll und die es zu bewahren gilt. Dafür ist der Friede essentiell, denn der zahlt seine Friedensdividende an die gesamte Bevölkerung.

Ja, das Instrument „Neustart Kultur“ hat sich in der Pandemie bewährt. Ich wäre für eine Verstetigung offen, das heißt, das Landesmittel projektabhängig, kontinuierlich beantragt und abgerufen werden können sollten!

\* Durch Haushaltssperren in vielen Kommunen können lokalen Kulturinstitutionen (darunter städtische Orchester) derzeit keine verlässliche Zusagen für den Weiterbetrieb gegeben werden. Was möchten Sie tun, um haushälterische Versäumnisse der Vergangenheit in Ordnung zu bringen?

Wir wollen die Kommunen stärken, damit Sie ihren Aufgaben tatsächlich nachkommen können. Wir wollen ein vielfältiges und nachhaltiges kulturelles Schaffen und Erleben in Städten und im Ländlichen Raum ermöglichen. Ich persönlich betrachte dies nicht als reine freiwillige Leistung, sondern als Teil der staatlichen Daseinsvorsorge!

\* Wie verstehen Sie die Kunstfreiheit, die unsere Verfassung zunächst ohne Einschränkung garantiert? Wie stehen Sie zu den Versuchen, KünstlerInnen von Förderungen oder gar Auftrittsmöglichkeiten auszuschließen („Cancel Culture“), weil sie als „umstritten“ beschrieben

werden? Sollten sich Kulturinstitutionen an von Kriegsparteien geforderten Sanktionen beteiligen, oder nicht vielmehr über Konflikte hinaus Brücken bauen?

Die Kunstfreiheit ist eng verwandt mit der Meinungsfreiheit.

Lassen wir die Finger weg von Zensur (und Selbstzensur), denn sonst ist nicht nur die Kunst und die Meinung weg, sondern ganz schnell auch die Freiheit. Wir lehnen einen übergriffigen Staat mit Überwachungstools von Palantir ab. In diesem Sinn lehne ich persönlich es ab, sogenannte „umstrittene“ Künstler zu canceln, weil sie eine „falsche“ Meinung oder die falsche Nationalität haben. Wir brauchen offene Debatten, keine engen Meinungskorridore. Die Kunst braucht die Freiheit eines unbegrenzten Denk- und Handlungsraums. Ich sehe die Kunst in der Funktion des Brückenbauers und der Aufklärung und bin deshalb Justus Franz, Daniel Barenboim, Edward Said und anderen Baumeistern des Dialogs unendlich dankbar für Ihre virtuose Arbeit als Künstler der Völkerverständigung. Ich bin prinzipiell gegen Sanktionen im Rahmen von Wirtschaftskriegen, da diese völkerrechtswidrig sind.

\* Was haben Sie vor, zum Thema Generative Künstliche Intelligenz zu unternehmen, die bereits heute den Kunst- und Musikmarkt mit ihren Erzeugnissen überschwemmt und dabei massive Urheberrechtsverletzungen begeht?

Ich würde gegen die Urheberrechtsverletzungen zum finanziellen Wohl und Machterhalt einiger Tech-Oligarchen zwingend gesetzgeberisch vorgehen. Das muss auf Bundesebene geregelt werden. Auch eine Initiative über den Bundesrat wäre denkbar. Dafür braucht es natürlich die Expertise der Verwertungsgesellschaften, die weiter gestärkt werden müssen. Das gilt auch für die Künstlersozialkasse, die eine deutsche Errungenschaft ist. In diesem Zug muss dringend die Altersvorsorge der Künstlerschaft gestärkt werden, die sich oft eklatant unter dem Existenzminimum bewegt und mit der rapide sinkenden Kaufkraft auch noch zusätzlich entwertet wird.

\* Wussten Sie schon, dass wir bundesweit einen erheblichen Mangel an Lehrkräften im Bereich der musikalischen Bildung auf uns zukommen sehen - im fünfstelligen Bereich? Wie sollten wir Ihrer Meinung nach diesem Problem begegnen?

Wir müssen massiv in die Bildung unserer Kinder investieren und den Lehrermangel beenden. Dies gilt ebenso für die musischen Fächer. Unseren kulturellen Reichtum können wir nur erweitern und bewahren, indem wir Kinder und Jugendliche befähigen und qualifizieren diesen zu erkennen und idealerweise lieben zu lernen. Ein Instrument spielen zu lernen bereichert das Leben und schafft einen Wert. Wir wollen in einer resonanten Gesellschaft leben, deshalb sollten wir in die Bildung und den Frieden investieren- nicht in Kriege.

Gerne dürfen Sie mein Schreiben in ihren Kulturinstitutionen veröffentlichen.

Mit allerbesten Grüßen nach St. Peter,

Peter Riedlinger

Ihr BSW-Direktkandidat im Wahlkreis 46

### Antwort 3: Ahsan Kurt Bashir (Die Gerechtigkeitspartei)

---

Sehr geehrter Herr Nagel,

vielen Dank für Ihren ausführlichen Brief und Ihr Engagement für Kunst und Kultur. Dass Sie sich als Professor, Musiker, Chorleiter und aktiver Teil der Kulturlandschaft direkt an Kandidaten wenden, zeigt Verantwortungsbewusstsein für unsere Gesellschaft. Dafür möchte ich Ihnen ausdrücklich danken.

Mein Name ist Ahsan Kurt Bashir. Ich bin 43 Jahre alt, arbeite als Ausbildungsleiter im öffentlichen Nahverkehr in Basel und lebe als Grenzgänger in Grenzach-Wyhlen in Baden-Württemberg. Ich kandidiere als Direktkandidat für den Wahlkreis Lörrach und auf Listenplatz 8 der Landesliste. Privat bin ich Vater einer Patchworkfamilie mit fünf Kindern. Ich stehe also mitten im Leben und sehe viele Entwicklungen sowohl beruflich als auch familiär sehr direkt.

Die Bedeutung von Kultur, Musik und insbesondere des ehrenamtlichen Engagements ist enorm. Vereine, Chöre, Musikschulen und kulturelle Initiativen sind ein Fundament unserer Gesellschaft. Sie schaffen Gemeinschaft, Identität und Zusammenhalt. Dieses Engagement wird meiner Meinung nach politisch zu wenig gewürdigt und zu selten als gesellschaftlicher Stabilitätsfaktor betrachtet.

Die Schäden der Corona Zeit kann ich aus eigener Erfahrung bestätigen. Meine Kinder waren damals in Abschlussklassen. Man merkt bis heute, dass diese Zeit Lücken im sozialen Leben hinterlassen hat. Gerade Musik, gemeinsames Musizieren, Theater oder Vereinsleben hätten vielen jungen Menschen geholfen, diese Zeit besser zu überstehen.

Sie haben recht, Kultur taucht im Wahlkampf viel zu selten auf. Auch auf meinen Wahlplakaten steht das Thema nicht explizit. Allerdings sehe ich Kultur als Teil eines größeren Schwerpunkts, nämlich der Förderung junger Menschen. Ich arbeite derzeit an einem Grundsatzansatz für Baden Württemberg, der diesen Bereich stärker berücksichtigt.

Für mich ist klar: Kunst und Kultur müssen erhalten und gestärkt werden. Deutschland ist ein Land der Dichter und Denker. Dieses kulturelle Erbe verpflichtet uns. Studien zeigen seit Jahren, dass Kinder, die Zugang zu Musik, Kunst und kultureller Bildung haben, bessere Bildungschancen entwickeln. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass jedes Kind unabhängig vom Einkommen der Eltern Zugang zu Kunst und Kultur erhält. Mein Ziel wäre, dass jedes Kind die Möglichkeit bekommt kostenlos ein Instrument zu erlernen oder an künstlerischen Angeboten teilzunehmen.

Damit das gelingt, müssen Fördermittel besser eingesetzt werden. Es geht weniger um immer neue Programme, sondern um klare Prioritäten. Kulturförderung muss bei den Menschen ankommen.

Ein zentraler Punkt ist für mich auch die Finanzstruktur unseres Landes. Baden Württemberg und seine Kommunen müssen mehr von ihren eigenen Steuereinnahmen behalten können. Ein gerechterer Länderfinanzausgleich würde Handlungsspielräume schaffen. Gleichzeitig stehe ich für eine Politik, die öffentliche Mittel verantwortungsvoll einsetzt. Als Friedenspartei vertreten wir die Haltung, dass Deutschland sich stärker auf gesellschaftliche Entwicklung im eigenen Land konzentrieren sollte.

Kunst und Kultur sowie auch der Sport sollten grundsätzlich offen für alle Menschen sein und nicht zum politischen Spielfeld werden. Künstlerische Freiheit gehört zu den Grundpfeilern einer demokratischen Gesellschaft. Gleichzeitig gilt selbstverständlich das Strafrecht. Diese Balance halte ich für wichtig.

Zum Thema Künstliche Intelligenz sehe ich ebenfalls Handlungsbedarf. Urheberrechte müssen geschützt werden. Wenn KI Systeme Werke von Künstlern nutzen, dann müssen die Rechte der Urheber gewahrt bleiben und Vergütungsmodelle entstehen. Technologie darf Kreativität unterstützen, aber nicht ausbeuten.

Der Mangel an Lehrkräften im Bereich Bildung und Musik ist Teil eines größeren Problems unseres Bildungssystems. Wir brauchen wieder mehr gesellschaftliche Wertschätzung für pädagogische Berufe, bessere Rahmenbedingungen und weniger Bürokratie. Junge Menschen müssen motiviert werden, diesen Weg zu gehen.

Kultur ist für mich kein Luxus, sondern ein zentraler Bestandteil einer gesunden Gesellschaft. Persönlich hätte ich als Jugendlicher sehr gerne Gitarre oder Klavier gelernt. Die Möglichkeiten dafür haben mir damals gefehlt. Heute sehe ich umso deutlicher, wie wichtig solche Angebote sind. Kultur inspiriert, öffnet den Blick und bringt Menschen zusammen.

Ich habe auch den Eindruck, dass kulturelle Angebote in vielen Regionen weniger geworden sind. Wann immer ich Zeit finde, besuche ich Veranstaltungen. Sie geben mir neue Perspektiven und regen zum Nachdenken an.

Ein Punkt, der mir wichtig ist, ist der Kulturpass für junge Menschen. Ich halte es für falsch, wenn gesellschaftliche Prioritäten sich immer stärker in Richtung militärischer Themen verschieben. Ein Kulturpass, der jungen Menschen Zugang zu Kunst, Musik, Theater und Literatur ermöglicht, ist eine Investition in unsere Zukunft. Idealerweise sollten Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene leichter an kulturellen Angeboten teilhaben können.

Ich danke Ihnen sehr für Ihren Impuls und Ihre Fragen. Gerade der Austausch mit Menschen aus der Praxis hilft, politische Konzepte realistischer zu gestalten. Wenn Sie Ideen haben, wie man Kultur langfristig besser finanzieren und organisieren kann, freue ich mich über Ihre Vorschläge.

Ich bin noch relativ neu in der aktiven Politik, bringe aber viel Lebenserfahrung mit. Als Ausbildungsleiter, Familienvater und ehrenamtlich engagierter Mensch sehe ich viele Herausforderungen direkt. Ich mache Politik nicht wegen Geld oder Karriere, sondern weil ich überzeugt bin, dass sich etwas verbessern lässt. Persönlichkeiten wie Jürgen Todenhöfer, der konsequent für seine Überzeugungen einsteht, sind für mich dabei ein Vorbild.

Vielen Dank nochmals für Ihre Nachricht und Ihr Engagement für Kunst und Kultur.

Mit freundlichen Grüßen

Ahsan Kurt Bashir  
Die Gerechtigkeitspartei – Team Todenhöfer

Sehr geehrter Herr Prof. Nagel,

ich bin gerade an einem Vortrag in der Universität in Osnabrück. Es geht genau um die Themen die Sie ansprechen. Hier meine Stellungnahme zu ihren Themen:

### **Stellungnahme zur Kulturpolitik**

Kultur und Musik sind kein Luxus, sondern ein unverzichtbares Fundament für gesellschaftlichen Zusammenhalt, demokratische Bildung und persönliche Entfaltung. In einer zunehmend digitalisierten und entpersonalisierten Zukunft stiften Kunst und Kultur Beziehung, Identität und Sinn. Sie bringen Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen und schaffen Räume für Dialog, Empathie und kritisches Denken. Ohne Kultur verarmt eine Gesellschaft – nicht nur wirtschaftlich, sondern vor allem menschlich.

Die Aufgabe der Landesregierung sehe ich darin, Hoch- und Breitenkultur gleichermaßen verlässlich zu fördern und strukturell abzusichern. Programme wie **Neustart Kultur** waren wichtige Kriseninstrumente, ersetzen aber keine nachhaltige Kulturförderung. Kultur braucht langfristige Planungssicherheit, verlässliche Grundfinanzierung für Institutionen und faire Arbeitsbedingungen für Kulturschaffende – auch in strukturschwächeren Regionen.

Die angespannte Haushaltslage vieler Kommunen darf nicht dazu führen, dass Kultur zur freiwilligen Restgröße wird. Orchester, Theater, Musikschulen und freie Initiativen sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Versäumnisse der Vergangenheit müssen durch verlässliche Landesprogramme, mehrjährige Förderzusagen und eine stärkere Mitfinanzierung zentraler Kultureinrichtungen ausgeglichen werden. Kulturpolitik muss als Investition in Zukunftsfähigkeit verstanden werden – nicht als Kostenfaktor.

Kunsthfreiheit ist ein hohes Gut unserer Verfassung und darf nicht durch politischen oder moralischen Druck ausgehöhlt werden. Der Ausschluss von Künstlerinnen und Künstlern aufgrund ihrer als „umstritten“ bewerteten Positionen widerspricht dem offenen Diskurs, den eine demokratische Gesellschaft braucht. Kulturinstitutionen sollten Orte der Auseinandersetzung bleiben, nicht der Ausgrenzung. Gerade in internationalen Konflikten kann Kultur Brücken bauen, Dialog ermöglichen und Verständigung fördern – jenseits politischer Frontlinien.

Der rasante Einsatz generativer KI im Kunst- und Musikbereich wirft drängende Fragen des Urheberrechts, der fairen Vergütung und des Schutzes kreativer Arbeit auf. Hier braucht es klare rechtliche Leitplanken, Transparenzpflichten für Trainingsdaten und wirksame Vergütungsmodelle für Urheberinnen und Urheber. KI kann kreative Prozesse unterstützen, aber sie kann keine live gemachte Musik und keine echte künstlerische Beziehung ersetzen. Gerade deshalb gewinnt die menschliche, analoge Kunst in Zukunft an Bedeutung.

Besonders alarmierend ist der drohende Mangel an Lehrkräften in der musikalischen Bildung. Musikalische Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Instrumentalunterricht sollte als kostenloses Angebot an öffentlichen Schulen verankert werden. Musiklehrkräfte müssen staatlich finanziert und langfristig abgesichert werden, damit jedes Kind – unabhängig von Herkunft – die Möglichkeit hat, ein Instrument zu erlernen oder sich künstlerisch zu entfalten. Positive Beispiele zeigen, dass dies in Kooperation mit Musikschulen gelingen kann: Die **Alemannenschule**

**Wutöschingen** hat im Rahmen der Schmetterlingspädagogik vorgemacht, wie Instrumentalunterricht im Schulalltag verankert werden kann und Konzerte sowie Musicalaufführungen selbstverständlich zum Lernen gehören.

Kulturpolitik ist damit immer auch Demokratiep politik. Wer Kindern und Jugendlichen Zugang zu Musik, Theater und Kunst eröffnet, stärkt Kreativität, Teamfähigkeit, Ausdruckskraft und soziale Verantwortung. In einer Zeit, in der digitale Systeme immer mehr Lebensbereiche prägen, sind kulturelle Erfahrungsräume unverzichtbar, um Beziehung zu gestalten, Empathie zu lernen und gesellschaftlichen Zusammenhalt aktiv zu leben.

Ich hoffe Sie können meine Überlegungen nachvollziehen und wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit.

Mit freundlichen Grüßen

---

**Stefan Ruppner**

*Schulleiter a. D.*

Alemannenschule Wutöschingen

Kirchstraße 6

79793 Wutöschingen

Antwort 5: Stefanie Wernet (CDU)

---

Sehr geehrter Herr Prof. Nagel,

haben Sie herzlichen Dank für Ihr ausführliches Schreiben und Ihr engagiertes Eintreten für Kunst und Kultur. Ihre vielfältige Verantwortung in Hochschule, Chorwesen und freier Szene verdient großen Respekt. Gerne nehme ich Ihre Anregungen und Fragestellungen mit in meine weiteren Überlegungen.

Kunst und Kultur sind für uns als CDU Baden-Württemberg ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Gemeinwesens – sie stiften Identität, fördern Zusammenhalt und tragen zur Bildung und zur wirtschaftlichen Stärke unseres Landes bei. Zugleich stehen wir für eine solide Finanzpolitik, die Generationengerechtigkeit und Verlässlichkeit sichert. Beides gehört für uns zusammen: kulturelle Vielfalt bewahren und zugleich verantwortungsvoll mit öffentlichen Mitteln umgehen.

Für die Übermittlung Ihrer Kontaktdaten danke ich Ihnen. Gerne komme ich zu gegebener Zeit auf Ihr Angebot zum weiteren Austausch zurück.

Mit freundlichen Grüßen  
Stefanie Wernet  
CDU-Lantagskandidatin  
Wahlkreis Emmendingen

Sehr geehrter Herr Nagel,  
gerne beantworte ich Ihre Fragen:

**Wie verstehen Sie die Aufgaben Ihrer Landesregierung in Hinblick auf die Förderung von Hoch- und Breitenkultur? Halten Sie „Neustart Kultur“ für ein zukunftsfähiges Modell der Kulturförderung schlechthin?**

Die herausragende Kulturlandschaft in Baden-Württemberg, geprägt von der Spitzenkunst, vielfältigen Kultureinrichtungen und einem breiten, teils ehrenamtlichen Engagement der Kulturschaffenden, ist einzigartig in Europa. In kaum einem anderen Bundesland gibt es eine vergleichbare Anzahl von Theatern, Orchestern, Museen, freien Ensembles, soziokulturellen Zentren, Literatureinrichtungen, Festivals, Bibliotheken, Archiven, Gedenkstätten, Akademien und künstlerischen Hochschulen. Das übergeordnete Ziel ist es, die Qualität und Vielfalt dieser Kulturlandschaft zu erhalten.

Doch die Kulturlandschaft in Baden-Württemberg steht unter enormem Finanzdruck. Auch wenn die Landesregierung Erhöhungen im Kulturretat verkündet, reichen diese nicht aus, um Tarifsteigerungen und gestiegene Betriebskosten zu kompensieren. Der finanzielle Druck, der aktuell auf den Kommunen lastet, tut sein Übriges. Die grün-schwarze Landesregierung hat es versäumt, die Kulturförderung zukunftssicher zu gestalten, und gefährdet so auch die Theater und Orchester in Baden-Württemberg. Kunst und Kultur sind zentrale Bestandteile unserer Gesellschaft. Sie tragen zum Zusammenhalt bei und fördern die Demokratie. Deshalb dürfen Kunst und Kultur nicht wieder zu einem Privileg weniger Menschen werden, sondern müssen zugänglich sein für alle Bürger:innen im Land.

Die SPD wird Kunst und Kultur den Raum geben, den sie verdienen. Eine verlässliche Finanzierung und transparente Förderung bilden die Grundlage unserer Kulturpolitik. Auf diese Weise erhalten wir die Strukturen in Kunst und Kultur, wie beispielsweise die Theater und Orchester im Land, die über Jahrzehnte gewachsen sind und sich bewährt haben.

Über das Programm „Neustart Kultur“ stellte der Bund während der Corona-Pandemie für die Jahre 2020/2021 insgesamt rund eine Milliarde Euro mehr für den Kulturbereich zur Verfügung gestellt. Das Programm ist inzwischen abgeschlossen. Auch die Förderprogramme des Landes Baden-Württemberg (im Zuge des „Masterplans Kultur BW | Kunst trotz Abstand“) sind zwischen beendet.

Die SPD wird auf die Krise in der Kulturbranche neben einer sicheren Finanzierung auch mit einer Überprüfung der Förderrichtlinien und -kriterien reagieren. Die Kulturbranche in Baden-Württemberg verzweifelt am Förderdschungel. Die grün-schwarze Landesregierung hat es versäumt, eine transparente Förderstrategie aufzustellen, Förderzeiträume langfristig zu gestalten oder auch nur die Förderverfahren und -formulare zu vereinheitlichen. Statt mit ihrer Arbeit die Kunst- und Kulturlandschaft zu bereichern, sind Musiker:innen, Künstler:innen etc. in Baden-Württemberg gezwungen, sich mit immer neuen Antragsverfahren auseinanderzusetzen. Das gefährdet Vielfalt und Qualität in Kunst und Kultur. Deshalb werden wir uns für eine verlässliche Finanzierung und transparente Förderung der Kultur nach klaren Förderkriterien und mit einheitlichen Förderverfahren einsetzen.

**Durch Haushaltssperren in vielen Kommunen können lokalen Kulturinstitutionen (darunter städtische Orchester) derzeit keine verlässlichen Zusagen für den Weiterbetrieb gegeben werden. Was möchten Sie tun, um haushälterische Versäumnisse der Vergangenheit in Ordnung zu bringen?**

Um Haushaltssperren in Zukunft zu vermeiden und damit kommunale Unterstützung für lokale Kulturinstitutionen zu ermöglichen, wird die SPD die Kommunen finanziell besser ausstatten.

Für die SPD gilt grundsätzlich: Wer auf Landesebene neue Pflichten erlässt, finanziert sie künftig vollständig und dynamisch. Damit beenden wir den jahrelangen Kostendurchmarsch von oben nach unten, der die Kassen der Kommunen leert und auch die kommunal geförderten Kulturinstitutionen bedroht. Zudem werden wir jährlich rund 300 Millionen Euro zusätzlich an Städte und Gemeinden weiterleiten. Das Geld stammt aus den Überschüssen des Landes und wandert direkt in örtliche Projekte, beispielsweise in die kommunale Förderung für Kulturinstitutionen, statt in Landesrücklagen zu versickern.

**Wie verstehen Sie die Kunstfreiheit, die unsere Verfassung zunächst ohne Einschränkung garantiert? Wie stehen Sie zu den Versuchen, KünstlerInnen von Förderungen oder gar Auftrittsmöglichkeiten auszuschließen („Cancel Culture“), weil sie als „umstritten“ beschrieben werden? Sollten sich Kulturinstitutionen an von Kriegsparteien geforderten Sanktionen beteiligen, oder nicht vielmehr über Konflikte hinaus Brücken bauen?**

Es ist nicht die Politik, die darüber bestimmt, wer auftritt, was gezeigt und gespielt wird oder welche Kunstwerke in einer Ausstellung zu sehen sind. Kunst und Kultur können gesellschaftliche Diskussionen auslösen und begleiten, sie können Perspektiven sichtbar machen und verändern. So stärken Kunst und Kultur auch die Demokratie im Land. Als SPD ist uns die Vielfalt in Kunst und Kultur ein Herzensthema. Deshalb will die SPD ein Förderprogramm für migrantische Perspektiven in Kunst und Kultur aufsetzen, um so die Repräsentation aller gesellschaftlichen Gruppen in Kunst und Kultur zu fördern. Vielfalt und Inklusion sichern wir durch die wichtige Arbeit des Zentrums für kulturelle Teilhabe Baden-Württemberg. Soziokulturelle Zentren spielen als Orte des Ehrenamts und der Nachwuchsförderung eine bedeutende Rolle.

Kunst und Kultur können Brücken bauen über Ländergrenzen hinweg. Der internationale Austausch in der Kulturbranche ist uns deshalb sehr wichtig. Auf von Kriegsparteien, wie beispielsweise von der russischen Regierung, verhängte Sanktionen haben weder die SPD noch die Landesregierung Einfluss.

**Was haben Sie vor, zum Thema Generative Künstliche Intelligenz zu unternehmen, die bereits heute den Kunst- und Musikmarkt mit ihren Erzeugnissen überschwemmt und dabei massive Urheberrechtsverletzungen begeht?**

Das der Kunst- und Musikmarkt und auch andere Branchen und Plattformen inzwischen mit KI-erzeugten „Werken“, Bildern und Texten überschwemmt werden, bereitet uns Sorgen. Diese Entwicklung bedroht nicht nur Kunst und Kultur, sondern auch den Journalismus und damit die Demokratie.

Generative KI darf nicht zum Ausverkauf journalistischer und kreativer Arbeit führen. Als SPD fordern wir deshalb faire Lizenzierungen, mehr Transparenz und die Stärkung journalistischer und kultureller Vielfalt durch bewährte Finanzierungsstrukturen. Die SPD steht fest an der Seite von Medien und Journalist:innen sowie Kunst und Kultur und den Künstler:innen. Gemeinsam verteidigen wir Demokratie, Vielfalt und Meinungsfreiheit – in Deutschland und Europa.

**Wussten Sie schon, dass wir bundesweit einen erheblichen Mangel an Lehrkräften im Bereich der musikalischen Bildung auf uns zukommen sehen – im fünfstelligen Bereich? Wie sollten wir Ihrer Meinung nach diesem Problem begegnen?**

Musikalische Bildung ist wichtig und es braucht gut ausgebildete Fachkräfte, die Kinder und Jugendliche musisch bilden können. Zudem ist Musik an den Schulen ein Mangelfach, es ist daher umso wichtiger, junge Menschen als Musikpädagog:innen an Schulen zu gewinnen.

Aber die SPD weiß auch: Gute Bildung braucht gute Arbeitsbedingungen. Lehrkräfte, Schulleitungen und pädagogische Fachkräfte verdienen Respekt, faire Bezahlung und echte Entlastung. Die SPD fordert A13/E13 auch für alle ausgebildeten Grundlehrkräfte, inklusive den Musiklehrer:innen. Dem Lehrkräftemangel begegnet die SPD mit mehr Studienplätzen, attraktiveren Bedingungen im Studium und im Referendariat und guter Begleitung im Berufseinstieg. Aus Sicht der SPD ist es notwendig, dass wir den Quereinstieg, beispielsweise für Musiker:innen, erweitern, ohne dass die Qualität leidet.

Mit freundlichen Grüßen

**Andreas Stoch MdL**

Fraktionsvorsitzender SPD

Sehr geehrter Herr Professor Nagel,

in Absprache mit unserer Kandidatin Michaela Rotermund-Kaplan antworte gerne ich Ihnen. Wir bitten um Verständnis dafür, dass wir in der heißen Phase des Wahlkampfes nicht ausführlich antworten können, zumal die Linke auf Wahlkreisebene nicht wie CDU; SPD; Grüne und Andere über Mitarbeitende verfügen, die diese Arbeit für Ihre Kandidierenden und Partei erledigen. Wir sind alle ehrenamtlich aktiv.

Uns ist allerdings bewusst, dass Kulturschaffende wie andere gesellschaftlich wichtige Bereiche von harten Kürzungen betroffen sind bzw. noch betroffen werden. Die Linke lehnt das ab, können aber aktuell nur dagegen argumentieren.

Für Ihre Information hänge ich ein PDF mit unserem Landtagswahlprogramm an. Auf Seite 38/39 finden Sie unsere Vorstellungen zu Kultur grob skizziert.

Sie bieten am Ende Ihres Schreibens auch den persönlichen Austausch an. Dies würden wir auch gerne nach dem 8. März in Anspruch nehmen. Im persönlichen Gedankenaustausch gibt es immer etwas für beide Seiten mitzunehmen. Wir werden im kommenden Landtag ja die Rolle der kritischen und nicht rückwärtsblickenden Opposition einnehmen.

Die Linke versteht sich bekannterweise als die soziale Opposition. Kultur ist für uns Daseinsfürsorge und Bildung und von daher ein wichtiges zu förderndes soziales Thema.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Kauz  
Mitglied im Parteivorstand

Anlage: [Die Linke Landtagswahlprogramm 2026](#)

Lieber Herr Nagel,  
vielen Dank für Ihre Mail! Anbei finden Sie ein Dokument mit Antworten auf die von Ihnen gestellten Fragen!

Mit herzlichen Grüßen,  
Sarah Schnitzler

1. Stellungnahme zu den skizzierten Problemen: **Statement für die Kulturbranche.**

*Für Die Linke ist klar: Kunst und Kultur müssen als Teil der Daseinsvorsorge gelten und öffentlich gefördert werden. Die soziale Sicherheit von Künstlerinnen und Künstlern ist für uns keine Nebensache, sondern eine Hauptsache. Wir fordern verbindliche Mindeststandards bei der Honorierung in der freien Kunst- und Kulturarbeit, branchenspezifische Honoraruntergrenzen und eine rechtlich abgesicherte Ausstattungsvergütung. Darüber hinaus muss die Künstlersozialkasse (KSK) für weitere Berufsgruppen geöffnet, die Verdienstobergrenze für nicht-künstlerische Tätigkeiten dauerhaft angehoben und der Bundeszuschuss erhöht werden. Unser Ziel ist es, allen unstetig Beschäftigten und Soloselbstständigen eine gute soziale Absicherung zu garantieren.*

2. Wie verstehen Sie die Aufgaben Ihrer Landesregierung in Hinblick auf die Förderung von Hoch- und Breitenkultur? Halten Sie „Neustart Kultur“ für ein zukunftsfähiges Modell der Kulturförderung schlechthin?

*Der Zugang zu Kultur darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir wollen kulturelle Teilhabegerechtigkeit realisieren und damit Chancengleichheit und Vielfalt in der Breite stärken. Ein rein projektbasiertes Programm wie „Neustart Kultur“ halten wir nicht für das zukunftsfähige Modell schlechthin. Die Kulturförderung muss im Gegenteil weg von einer reinen Projekt-Kultur und hin zu einer Strukturförderung entwickelt werden, um Planungssicherheit für alle Beteiligten zu gewährleisten. Die Bundeskulturförderung muss insgesamt nachhaltiger, prozesshafter, unbürokratischer und weniger projektorientiert gestaltet werden.*

3. Durch Haushaltssperren in vielen Kommunen können lokalen Kulturinstitutionen (darunter städtische Orchester) derzeit keine verlässliche Zusagen für den Weiterbetrieb gegeben werden. Was möchten Sie tun, um haushälterische Versäumnisse der Vergangenheit in Ordnung zu bringen?

*Dass Kulturinstitutionen unter klammen Kassen leiden, ist das Ergebnis einer verfehlten Finanzpolitik. Wir wollen von Regierungspräsidien verordnete Haushaltssperren abschaffen, da diese ein unzulässiger Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung sind und zu Sozialabbau in den Kommunen führen. Um Kommunen wieder handlungsfähig zu machen, fordern wir ein bundesweites Kommunalentschuldungspaket und einen Schuldenschnitt für überschuldete Kommunen. Damit die Kommunen ihre Aufgaben in der Kulturpflege dauerhaft erfüllen können, soll die Kulturförderung zu einer verbindlichen Pflichtaufgabe werden. Zudem wollen wir das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern beenden und Kultur als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen sowie als Staatsziel im Grundgesetz verankern.*

4. Wie verstehen Sie die Kunstfreiheit, die unsere Verfassung zunächst ohne Einschränkung garantiert? Wie stehen Sie zu den Versuchen, KünstlerInnen von Förderungen oder gar Auftrittsmöglichkeiten auszuschließen („Cancel Culture“), weil sie als „umstritten“ beschrieben werden? Sollten sich Kulturinstitutionen an von Kriegsparteien geforderten Sanktionen beteiligen, oder nicht vielmehr über Konflikte hinaus Brücken bauen?

*Die Linke verteidigt die grundgesetzlich verankerte Freiheit der Kunst. Wir lehnen staatliche oder institutionelle Eingriffe ab, die den Rahmen zulässiger demokratischer Meinungsäußerungen verengen. Berufsverbote oder die Einführung von Gesinnungs- und Bekenntnisklauseln bei der Vergabe öffentlicher Fördermittel lehnen wir strikt ab. Als Friedenspartei setzen wir auf internationale Kooperation, Diplomatie und die zivile, friedliche Konfliktlösung. Kulturinstitutionen sollten aus unserer Sicht Orte des Austauschs bleiben und Brücken bauen, anstatt sich in den Dienst von Blockkonfrontationen stellen zu lassen.*

5. Was haben Sie vor, zum Thema Generative Künstliche Intelligenz zu unternehmen, die bereits heute den Kunst- und Musikmarkt mit ihren Erzeugnissen überschwemmt und dabei massive Urheberrechtsverletzungen begeht?

*Wir wollen den Einsatz von Künstlicher Intelligenz gesetzlich regulieren, um in erster Linie eine gemeinwohlorientierte Anwendung sicherzustellen. Grundsätzlich muss eine gerechte Verteilung des Wohlstands und der Gewinne aus Automatisierung und KI sichergestellt werden. Für die Entwicklung von KI-Anwendungen und das maschinelle Lernen (wie Text und Data Mining) hat der europäische Gesetzgeber bereits eine Urheberrechtsschranke geschaffen; einen akuten Änderungsbedarf im Urheberrecht sehen wir an dieser spezifischen Stelle derzeit nicht, betonen aber, dass die Auswirkungen des Einsatzes von KI auf den Kulturmarkt sehr aufmerksam beobachtet werden müssen. Um Urheberrechtsverletzungen und Ausbeutung generell zu bekämpfen, wollen wir die Verhandlungsposition von Kreativen im Urhebervertragsrecht stärken. Wir streben ein umfassendes Verbandsklagerecht an, das bei Verstößen gegen Transparenzpflichten und die Pflicht zur angemessenen Vergütung greift, um große Plattformen und Verwerter in die Verantwortung zu nehmen.*

6. Wussten Sie schon, dass wir bundesweit einen erheblichen Mangel an Lehrkräften im Bereich der musikalischen Bildung auf uns zukommen sehen - im fünfstelligen Bereich? Wie sollten wir Ihrer Meinung nach diesem Problem begegnen?

*Der sich zuspitzende Lehrkräftemangel ist uns sehr wohl bewusst und alarmiert uns zutiefst. Um diesem Mangel – gerade im so essenziellen Bereich der musikalischen Bildung – wirksam zu begegnen, setzen wir als Linke auf folgende konkrete Lösungsansätze:*

- *Gute Arbeitsbedingungen und feste Anstellungen statt prekärer Verträge: Gerade öffentliche Bildungseinrichtungen und Musikschulen müssen hier eine Vorbildfunktion einnehmen: Sie müssen ihren Lehrkräften zunehmend feste Anstellungsverhältnisse anbieten, statt sie mit befristeten Honorarverträgen abzuspeisen. Wir fordern eine gezielte Förderung öffentlicher Musikschulen, um eine faire, tarifliche Bezahlung der Musiklehrkräfte sicherzustellen.*
- *Ausbildung öffnen und Quer- sowie Seiteneinstieg erleichtern: Wir wollen das Lehramtsstudium attraktiver gestalten, die Vergütung im Referendariat spürbar erhöhen und insgesamt mehr Studienplätze zur Ausbildung von Lehrkräften schaffen. Ein ganz zentraler Hebel, um dem Mangel schnell zu begegnen und der sich gerade für professionelle Musikerinnen und Musiker anbietet, ist die gezielte Qualifizierung und Förderung von Quer- und Seiteneinsteiger\*innen sowie die Etablierung sogenannter Ein-Fach-Lehrkräfte. So können Fachleute aus der musikalischen Praxis ihr Wissen direkt in die Schulen tragen.*
- *Aufwertung der kulturellen Bildung: Kulturelle und musische Bildung darf kein Nischenthema sein, das bei Personalengpässen als Erstes gestrichen wird. Wir setzen uns dafür ein, dass die kulturelle Bildung zu einem verpflichtenden Bestandteil der Lehrerbildung im gesamten Studium, im Referendariat sowie in der Fortbildung wird.*

- *Massive Investitionen in die Bildungsinfrastruktur:  
Damit Schulen wieder Orte werden, an denen sowohl das Lehren als auch das Lernen – gerade in kreativen und musischen Fächern – Freude macht, muss die Mangelverwaltung beendet werden. Wir fordern bundesweit ein 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für Bildung (statt für Rüstung), um unsere Schulen umfassend zu sanieren und modern auszustatten.*

## Antwort 9: Martina Böswald (AfD)

---

Sehr geehrter Herr Nagel,

ich bedanke mich sehr für Ihre Nachfrage. Sie zeigt, dass es doch kluge Menschen gibt, die Kunst und Kultur als Teil der Politik ansehen. Was prägt eine Gesellschaft mehr, als ihr Umgang mit den schönen Künsten.

Kunst-Kultur-Tradition – diese Trias macht die geistige Identität eines Volkes aus. Das entspricht meiner altphilologischen Prägung, wie ich sie am Bertold-Gymnasium in Freiburg erfahren durfte.

Der Leitsatz am Haus AIEN APIΣTEYEIN KAI YΠEIPOXON EMMENAI AΛΛΩN, MHΔE ΓENOΣ ΠATEPΩN AIΣXYNEMEN - Immer der Beste sein und den anderen überlegen, aber dem Geschlecht der Väter keine Schande bereiten – ist mir noch immer Maßstab. Ich hoffe, diesem möglichst nahe zu kommen.

Zu Coronazeiten hatte sich die AfD offen sehr für Kunst und Kultur eingesetzt – der Slogan lautete: „ohne Kunst und Kultur wird's still“. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass die Kunst- und Kulturszene es überhaupt gewagt hätte, das anzuerkennen, was ich sehr bedauere. Einige Ausnahmen hat es gegeben, das gehört zur Wahrheit dazu (Jule Neigel, Nena, ...)

Keine derzeitige Partei fühlt sich unserer eigenen Kunst und Kultur so sehr verbunden wie die AfD und in weiten Teilen auch die CDU. Aber keine Partei benennt auch so offen die Fehlentwicklungen zum Nachteil der eigenen Kunst und Kultur. Andere Parteien bekennen sich zu Kunst und Kultur aller Welt-Nationen, verweigern sich aber das Bekenntnis zur eigenen Kunst und Kultur und brandmarken bzw brandmauern diejenigen, welche sich zur eigenen Kunst und Kultur präferent bekennen. Dabei ist klar auszuführen, dass wir eine europäische Kulturgemeinschaft sind, die sich zur bildlich darstellenden Kunst bekennt. Durch negative Einflüsse erfährt leider Vieles von unseren schönen Künsten ein culture-cancelling, dem die AfD scheinbar als einzige Partei klar entgegentritt. Wir erfahren derzeit eine ideologie-politische Aufladung von Kunst, welche Kunst als Waffe gegen die Meinungsbildungsfreiheit und die Meinungsäußerungsfreiheit nutzt und zB durch sexuell-körperlich exzessiv dargestellte Perversitäten nichts Gutes, Edles oder Schönes in unseren Seelen anspricht – zB eine öbszön-perverse Darstellung in einer Kirche zur Weihnachtszeit. Auch die Chor-Darbietung von „Meine Oma ist ‚ne alte Umweltsau“, verachte ich zutiefst und betrachte das als Missbrauch an den Seelen unserer Kinder. Das hat mit Kunst gar nichts zu tun; das stellt einen Angriff auf den Botschaftskern von Kunst dar: die Erhebung der Seele.

Ob Sie sich meinen Worten öffnen wollen oder diese (hoffentlich bitte nicht!) bewusst nicht verstehen mögen – das liegt an Ihnen. Ich versichere Ihnen aber, dass meine Energie eine positive sein soll.

Ich selbst verspüre eine emotionales In-sich-Ruhen und eine Harmonie mit unserer Natur und dem Leben, wenn ich einen Abend in geselliger Umgebung mit Kunst und Kultur verbringen kann. Die Seele zehrt von solchen Erlebnissen – auch aus der Wieder-Erinnerung daran.

Ich würde mir sehr wünschen, dass die Kulturszene unsere Parteinahme für diese wertschätzen mag.

Zu Ihren weiteren Fragen:

Die Landesregierung muss ein Budget zur Förderung der Hoch- und Breitenkultur stets parat halten, aber auch klar definieren, dass Kultur und Kunst von Können und nicht von Wollen kommt.

Ich kenne Neustart Kultur nicht im Einzelnen, habe mir das aber im Internet angesehen. Mein Bauch hat Zweifel, wenn Kunst und Kultur zentralistisch gelenkt werden. Mir ist es viel lieber, wenn ein zweckgebundenes Kunst- und Kulturbudget an die einzelnen Kommunen gegeben wird und man dann schaut, was die daraus machen. Da kommt oft viel mehr dabei heraus.

Ich muss Ihnen aus meiner Sicht als Kreisrätin und Stadträtin sagen, dass die wahren haushalterischen Versäumnisse darin liegen, dass uns eine vielfältige Parallelkulturgesellschaft hierher gelotst wurde. Diese wird fast schrankenfrei finanziell bevorzugt, alimentiert; an den Folgen werden wir alle nachfolgend noch sehr lange leiden – die Zahlen der kommunalen Haushalte und des Kreises sind eindeutig. (Die Stadt Staufen ist da erfreulicherweise noch gut aufgestellt – Frau Anett Baumeister ist unser personeller „Neuerwerb“ und leistet Beachtliches)

Hinzu kommt unsere eigene alternde Gesellschaft, die den Respekt für die Lebens- und Arbeitsleistung verdient hat und kostet.

Solange Kosten für die erstgenannte sich selbst ersichtlich abgrenzende Gesellschaft explosiv weiterhin aufwachsen und unsere eigene Gesellschaft nicht ihre Feigheit loswird, das nicht nur zu betrachten, sondern auch anzugehen, wird kein Budget frei werden.

Solange unsere Gesellschaft es zulässt, dass man die Menschen angreift, die logisch denken, real rechnen, und Konsequenzen einfordern, kann sich nichts ändern. Es liegt also an uns allen, andere Präferenzen zu setzen. Man kann Geld nur einmal ausgeben. Ich würde andere Präferenzen setzen und diese klar formulieren – für mich sind Musikschulen, Chorverbände, aber auch Hochschulen wichtig. Ich fremdele schön längere Zeit etwas mit den derzeitigen Theaterdarbietungen – das gebe ich zu.

Sie selbst weisen auf die Politisierung der Kunst hin – ich halte davon gar nichts:

Musik und Kunst sind weltumspannende Brückenbauer; Brandmauern sind kleingeistig. Zum Brückenbauen gehört es, sich in angemessenem Ton miteinander auseinanderzusetzen – siehe zB das Thalia Theater und Milo Rau.

Die Martenstein-Rede, aber auch der Verlauf des Umgangs mit Feroz Khan hat jedoch deutlich gezeigt, wie faschistoid das Publikum bereits denkt, ohne es zu merken: eine durchgängig weiße elitäre, das eigene offenbar selbst hassende Gruppe meint, die Vielfältigkeit durch eine Inszenierung zu feiern; doch diese Selbstinszenierung einer Pseudo-Legitimität gerät der Elitärgruppe aus der Kontrolle – erreicht das angestrebte Ziel im Wettstreit der Argumente nicht. Die Elitären reagieren mit Buhrufen und Mittelfingern!

Bemerkenswert ist, dass ausgerechnet Kirchen- und Kulturorganisationen diejenigen Menschen verprellen, welche ihre Kunst und Musik-Kultur doch sehr schätzen; letztlich schaden sich diese bedauerlicherweise damit selbst.

Gegen die KI in der Musik haben wir die Steuerungshoheit bereits umfassend verloren. Die Ausbreitung derselben ist u.a. die unmittelbare Reaktion auf GEMA-Beherrschung im deutschen Raum, wie es sie nicht in anderen Ländern gab und gibt. Das war zu erwarten und zeigt, dass man sich auch gegen gesetzliche Schranken Musik und Kunst besorgt; es ist offenbar ein natürliches menschliches Bedürfnis. Man kann hier nicht gegen etwas kämpfen; man kann die Energie nur aufnehmen und dann dessen eigene Energie ggfls. gegen den Angreifer bzw. den Angriff lenken – das ist zB auch das Verteidigungsprinzip des Krav Maga. Die Menschen müssen einfach bereit sein, für Kunst und Kultur Geld auszugeben – derzeit zeigt die Zurückhaltung diesbezüglich wie weit sich Kunst und Kultur aus unserer Gesellschaft schon entfernt haben – im Osten ist das erstaunlicherweise auch in weniger elitären Kreisen noch immer anders. Hier funktioniert die Trias Kunst-Kultur-Identität noch besser.

Den Lehrermangel im Bereich der musikalischen Bildung sehe ich auch – ich hoffe, dass wir hier aus dem asiatischen Raum Lehrkräfte gewinnen können. Allerdings müssen dazu unsere Schüler ein ganz anderes Maß an Fleiß und Respekt ggü. Lehrpersonal zeigen und das muss man Ihnen klar – ohne Ansehen der Herkunftsprägung - abfordern. Sonst tut sich das keiner der asiatischen Lehrkräfte hier an. Mein jüngster Sohn war zB in Japan und hat dort prägende Einblicke gewonnen.

Bitte verstehen Sie mich nicht falsch:

Ich möchte nicht ausschließlich meine Präferenzen anstelle der derzeit ausschließlich gesetzten sehen – ich bedaure aber so sehr, dass – entsprechend der Aufteilung nach den neuen Sinus-Milieus – das neo-ökologische und das konsum-hedonistische Sinus-Milieu unsere Gesellschaft fest im Griff haben.

Ich präferiere einen gesellschaftlich-konstruktiven Ansatz durch die anderen Milieus inklusive der Einbeziehung des prekären, weil letzteres genau die soziale Komponente in unserer Gesellschaft darstellt.

Das ordnende Gedankenexperiment dazu finden Sie zB hier:

<https://www.sinus-institut.de/sinus-milieus/sinus-milieus-deutschland>

Gerne können Sie meine Antwort weitergeben, gerne stehe ich auch für einen persönlichen Austausch zur Verfügung. Ich hoffe, unser Gedankenaustausch ist mir gelungen.

Herzliche Grüße!

Martina Böswald

Sehr geehrter Herr Professor Nagel,

vielen Dank für Ihre engagierte Zuschrift. Sie sprechen einen Punkt an, der im Wahlkampf tatsächlich zu wenig Beachtung findet: Kultur ist kein Randthema, sie ist Fundament unserer freien Gesellschaft.

Wir Freie Demokraten sagen klar: Kultur darf in Krisenzeiten nicht zur haushaltspolitischen Manövriermasse werden. Wer zuerst bei Kunst, Orchestern, Musikschulen oder der freien Szene spart, spart am gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gerade nach Corona haben wir deshalb gefordert, das kulturelle Leben gezielt durch mehr Nachfrage zu stärken – mit besonders reichhaltigen Kulturjahren, die Künstlerinnen und Künstlern reale Auftritt- und Arbeitsmöglichkeiten eröffnen. Nicht Symbolpolitik, sondern konkrete Beschäftigung, so hatten wir es in unserem Wahlprogramm zur Landtagswahl 2021 vorgesehen.

Auch in unserem aktuellen Wahlprogramm ist Kultur keineswegs ein Nebenthema, sondern eigenständiger Schwerpunkt. Unser Ansatz unterscheidet sich jedoch grundlegend von grün-ideologischer Kulturpolitik. Wir wollen keine Kultur, die mit immer neuen politischen Zielvorgaben, etwa überbordenden Nachhaltigkeitsauflagen oder sachfremden Förderkriterien, überfrachtet wird. Kunst ist für uns kein Instrument staatlicher Erziehungsprogramme. Kulturförderung muss sich an Qualität, künstlerischer Freiheit und gesellschaftlicher Relevanz orientieren und nicht an politischer Gesinnung oder Klimazertifikaten für Bühnenbilder.

Deshalb stehen wir auch zur vorbehaltlosen Kunstfreiheit. Cancel Culture, Ausladungen wegen „Umstrittenheit“ oder politisch motivierte Förderausschlüsse lehnen wir ab. Wer Kunst nach politischer Opportunität bewertet, gefährdet die Freiheit, die er vorgibt verteidigen zu wollen. Kulturinstitutionen sollen Brücken bauen, nicht ideologische Gräben vertiefen.

Gleichzeitig setzen wir auf eine ausgewogene Kulturpolitik. Großprojekte dürfen nicht die Breite der Kulturlandschaft verdrängen. Unsere kritische Haltung zur Staatsoper-Sanierung speist sich genau aus diesem Gedanken: Kulturpolitik darf nicht einseitig Prestigeprojekte bedienen, während freie Szene, Musikhochschulen, Orchester oder die Breitenkultur unter Druck geraten.

Was die finanzielle Lage der Kommunen betrifft, sagen wir klar: Das Land muss die strukturelle Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden angehen, statt Kürzungen im Kulturbereich indirekt in Kauf zu nehmen. Wer starke Kultur will, braucht starke Kommunen.

Beim Thema generative KI stehen wir an der Seite der Kulturschaffenden. Urheberrechte dürfen nicht faktisch entwertet werden. Technologischer Fortschritt ja, aber nicht auf Kosten der künstlerischen Existenzgrundlage.

Und beim drohenden Mangel an Musiklehrkräften gilt: Kulturelle Bildung ist kein „nice to have“. Wer heute an Musikhochschulen spart oder Lehrkräftebildung vernachlässigt, zerstört morgen kulturelle Substanz. Hier braucht es Attraktivität, Planungssicherheit und eine klare politische Prioritätensetzung.

Unser kulturpolitisches Versprechen lautet: Freiheit statt Bevormundung, Breite statt Symbolpolitik, Verlässlichkeit statt ideologischer Experimente. Kultur ist kein Anhängsel staatlicher Politik, sie ist Ausdruck einer freien Gesellschaft. Und diese Freiheit verteidigen wir.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Hans-Ulrich Rülke

Sehr geehrter Herr Nagel,

herzlichen Dank für Ihre Anfrage.

Bitte verzeihen Sie mir, dass ich Ihnen erst in Richtung Wochenende ausführlich antworten kann, aber in dieser Woche bin ich beruflich und politisch mit täglichen Podiumsdiskussionen stark eingebunden.

Ich sende Ihnen aber bereits jetzt Statement zu, das ich auf die Anfrage der Musikschulen des Landes verfasst habe, und unsere Pressemitteilung zu meinem Besuch in der Konstanzer Musikschule.

Und noch etwas zur "Cancel Culture": Davon halte ich weder als Historiker noch als Liberaler etwas

Mit freundlichen Grüßen

Patrick Konopka

## Wahlprüfsteine des Landesverbandes der Musikschulen Baden-Württembergs zur Landtagswahl 2026

### **1. Landesförderung der öffentlichen Musikschulen in BW**

**1.1** Ich setze mich dafür ein, dass sich die Landesförderung für die öffentlichen Musikschulen von 12,5 % auf 15 % der Kosten für das in der musikalischen Jugendbildung tätige pädagogische Personal erhöht:

Ja

**1.2** Ich setze mich darüber hinaus dafür ein, dass der neue Fördersatz für die öffentlichen Musikschulen von 15 % der Kosten für das in der musikalischen Jugendbildung tätige pädagogische Personal im Jugendbildungsgesetz §10 (1) (JBiG) verankert wird:

Ja

Anmerkung zu 1.1 und 1.2:

Wir erkennen die Musikschulen als zentrale Säule des Musiklands Baden-Württemberg an und unterstützen eine verlässliche Landesförderung. In den letzten Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2025/2026 haben wir uns dafür eingesetzt, die Landesförderung der Musikschulen dauerhaft auf 12,5 % der anerkannten Personalkosten festzuschreiben und eine Erhöhung auf 15 % zu prüfen – ein bislang unerfülltes Versprechen der Landesregierung. Damit wollen wir den gestiegenen Personalkosten, insbesondere nach dem Herrenberg-Urteil, Rechnung tragen und zugleich sozialverträgliche Musikschulgebühren sicherstellen.

### **2. Digitalisierung**

Ich setze mich dafür ein, dass das Land die öffentlichen Musikschulen bei der Finanzierung des Ausbaus der digitalen Infrastruktur durch ein Förderprogramm unterstützt, damit der Einsatz von digitalen Technologien in der musikalischen Bildung gestärkt wird:

Ja

Anmerkung zu 2.:

Wir Freie Demokraten wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass an allen staatlichen und privaten Bildungseinrichtungen ein Glasfaseranschluss zur Verfügung steht und in allen Schul- und Hochschulgebäuden, einschließlich Musikschulen ein adäquater WLAN-Zugang besteht.

### **3. Förderung eines Landesprogramms „Singen – Bewegen – Musizieren“ (SBM)**

Ich setze mich dafür ein, dass das musikpädagogische Konzept „Singen – Bewegen – Musizieren (SBM)“ als Fortführung des vorschulischen Bildungsprogramms „Singen-Bewegen-Sprechen“ (SBS) für die ersten und zweiten Klassen im Ganzttag verankert und gefördert wird:

Ja

Anmerkung zu 3.:

Wir Freie Demokraten messen der musikalischen Früh- und Grundschulbildung einen hohen Stellenwert bei. Programme wie „Singen – Bewegen – Musizieren“ stärken grundlegende Kompetenzen, fördern Sprachentwicklung, Motorik und soziale Fähigkeiten und leisten damit einen wichtigen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Wir unterstützen daher eine verlässliche Verankerung musikalischer Bildungsangebote im Ganzttag.

### **4. Förderung von SBS und Musikschularbeit in Kita und Schule**

4.1 Ich setze mich dafür ein, dass die Fördersätze des Programms „Singen – Bewegen – Sprechen (SBS)“ an die gestiegenen Kosten angepasst werden, die den Musikschulen bei der Durchführung von SBS in Kooperation mit den Kitas entstehen. Nur so kann dieses erfolgreiche Bildungsprogramm weiter nachhaltig gesichert werden:

Ja

4.2 Ich setze mich dafür ein, dass die Fördersätze der Monetarisierung in den Ganzttagsschulen nach § 4a SchG an die gestiegenen Kosten angepasst werden, um die Mitwirkung der Musikschulen im Ganzttag nachhaltig zu sichern:

Ja

Anmerkungen zu 4.1 und 4.2:

Kooperationen zwischen Kitas, Schulen und Musikschulen sind ein zentraler Baustein vielfältiger Bildungsangebote. Damit diese Zusammenarbeit dauerhaft gelingt, müssen Förderinstrumente realistische Kostenstrukturen abbilden und regelmäßig überprüft werden. Wir setzen uns für auskömmliche, transparente und unbürokratische Fördermodelle und Rahmenbedingungen ein, die den Einsatz qualifizierter Musikpädagoginnen und -pädagogen im Schul- und Ganztagsbetrieb dauerhaft ermöglichen.

### **5. Zukunft Landesjugendorchester**

Ich setze mich dafür ein, dass das Landesjugendorchester Baden-Württemberg dauerhaft finanziell gesichert und vom Land als Spitzenprojekt der musikalischen Jugendbildung angemessen gefördert wird:

Ja

Anmerkungen zu 5.:

Das Landesjugendorchester Baden-Württemberg ist ein Leuchtturmprojekt der musikalischen Nachwuchsförderung und ein Aushängeschild des Kulturlands Baden-Württemberg. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, solche Spitzenensembles verlässlich zu finanzieren und ihnen Planungssicherheit zu geben. Musikalische Exzellenz, Talentförderung und internationale Sichtbarkeit des Landes müssen auch künftig ermöglicht werden.

### **6. Inklusive Musikschulen – Musikschulen für alle**

Ich setze mich dafür ein, dass Musikschulen als inklusive Bildungsorte allen Menschen – unabhängig von Herkunft, Alter oder Einkommen – offenstehen und entsprechende Angebote gezielt durch das Land gefördert werden:

Ja

Anmerkungen zu 6.:

Musik schafft etwas, was Worte oft nicht können: Sie verbindet Menschen über Herkunft, Alter und Lebensrealitäten hinweg – und genau deshalb setzen wir Freie Demokraten uns dafür ein, dass Musikschulen als inklusive Bildungsorte allen offenstehen und ihre Angebote gezielt durch das Land gefördert werden ohne zusätzliche Bürokratie oder starre Vorgaben.

## **7. Fachkräftesicherung Musikpädagogik**

Ich setze mich dafür ein, dass das Land Maßnahmen zur Fachkräftesicherung im Musikschulbereich unterstützt. Zu den Maßnahmen gehören zum Beispiel der weitere Ausbau der Studienvorbereitenden Ausbildung (SVA), die Fortführung und Ausbau der Schülermentorenprogramme und die Sicherung attraktiver Berufsbedingungen:

Ja

Anmerkungen zu 7.:

Der Fachkräftemangel macht auch vor Musikschulen und Musikhochschulen nicht halt. Wir Freie Demokraten setzen daher auf eine durchgängige Nachwuchssicherung: von der frühzeitigen Talentförderung an Musikschulen über praxisnahe Ausbildungswege bis hin zu attraktiven Studien- und Berufsbedingungen an den Musikhochschulen. Studienvorbereitende Ausbildungen, Mentorenprogramme und verlässliche Perspektiven im Studium sind zentrale Bausteine, um junge Menschen für musikpädagogische Berufe zu gewinnen und sie dauerhaft für diesen Weg zu begeistern.

## **8. Bitte gewichten Sie die sieben Positionen des Landesverbandes der Musikschulen Baden-Württembergs**

Ziehen Sie die wichtigen Elemente nach oben und ordnen Sie die weniger wichtigen Elemente nach unten:

- Landesförderung auf 15 % erhöhen und im Jugendbildungsgesetz verankern
- Musikalischen Nachwuchs sichern – Fachkräfte stärken
- Fördersätze von „Singen-Bewegen-Sprechen“ (SBS) in Kitas und monetarisierten Lehrerwochenstunden in der Ganztagsgrundschule nach § 4a SchulG anpassen
- „Singen-Bewegen-Musizieren“ (SBM) als Landesprogramm im Ganztage verankern
- Zukunft für das Landesjugendorchester: Spitzenförderung dauerhaft sichern
- Digitale Infrastruktur an Musikschulen stärken
- Inklusive Musikschule – „Musikschule für alle“ gezielt fördern

Sehr geehrter Herr Nagel,  
vielen Dank für Ihre ausführliche und engagierte Nachricht sowie für Ihren unermüdlichen Einsatz im Bereich Kunst und Kultur – in Lehre, Praxis und Ehrenamt.

Die von Ihnen angesprochenen Herausforderungen für die Kulturbranche nehme ich sehr ernst.

Gern beantworte ich Ihre Fragen aus Sicht der Die Linke Baden-Württemberg und unseres kulturpolitischen Programms zur Landtagswahl 2026.

### 1. Unser Statement für die Kulturbranche

Für uns sind Kunst und Kultur keine „freiwillige Leistung“, sondern Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie stiften Sinn, ermöglichen Kritik, fördern gesellschaftlichen Zusammenhalt und schaffen Räume für demokratische Auseinandersetzung.

Gerade in Krisenzeiten braucht es Kultur – nicht als Dekoration, sondern als soziale Infrastruktur. Dass ausgerechnet der Kulturbereich regelmäßig überproportional von Kürzungen betroffen ist, halten wir für einen politischen Fehler. Kultur darf nicht nach Kassenlage behandelt werden.

Wir setzen uns für:

- verlässliche, langfristige und weniger projektorientierte Förderstrukturen,
- höhere Landesmittel für Theater, Musikschulen, freie Szene und kommunale Kultur,
- soziale Mindeststandards und Honoraruntergrenzen in der Kulturförderung,
- eine Demokratisierung von Förderentscheidungen unter Beteiligung von Künstler\*innen und Zivilgesellschaft ein.

### 2. Aufgaben der Landesregierung – Hoch- und Breitenkultur

Wir verstehen Hoch- und Breitenkultur nicht als Gegensätze, sondern als gleichwertige Säulen einer lebendigen Kulturlandschaft. Institutionen wie das Theater Freiburg, das SWR Symphonieorchester oder die Bodensee Philharmonie Konstanz sind genauso unverzichtbar wie Chöre, Musikvereine und die freie Szene.

Das Förderprogramm *Neustart Kultur* war in der Pandemie wichtig, aber als dauerhaftes Modell nicht ausreichend. Es war stark projekt- und krisenbezogen. Was wir brauchen, sind strukturelle, nachhaltige und unbürokratische Förderinstrumente mit Planungssicherheit – insbesondere für freie Künstler\*innen und kleinere Einrichtungen.

### 3. Kommunale Haushaltssperren und strukturelle Versäumnisse

Dass Kulturhaushalte bei klammen Kommunalkassen als „freiwillige Leistung“ als erste angegriffen werden, ist Teil eines größeren Problems: Der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen. Es ist dieser Kontext, in dem auch in Konstanz der Fortbestand der Philharmonie immer wieder – und ja auch gerade aktuell – Frage gestellt wird. Hier braucht es strukturelle Veränderungen – für die Kultur aber auch prinzipiell. Denn die Gemeinden sind der Ort, an dem Menschen der Politik am direktesten begegnen. Wer hier spart, produziert Frustration und Verdrossenheit.

Wir wollen:

- Entlastung der Kommunen durch gerechtere Landes- und Bundesfinanzierung (u.a. stärkere Besteuerung großer Vermögen auf Bundesebene),
- höhere und verbindlichere Landesmittel für kommunale Kultur,
- Kultur als Pflichtaufgabe stärken,

- langfristige Fördervereinbarungen statt jährlicher Unsicherheiten.

#### 4. Kunstfreiheit und „Cancel Culture“

Die Kunstfreiheit ist ein Grundrecht – und sie gilt ohne Gesinnungsprüfung.

Wir lehnen politische Eingriffe in Förderentscheidungen aufgrund missliebiger Meinungen ab. Kritik an Regierungen – der eigenen sowie anderen – muss selbstverständlich möglich sein. Kultureinrichtungen sollten zum kritischen Denken anregen und Dialog ermöglichen, nicht Gehorsam verkörpern oder geopolitische Sanktionen exekutieren. Kunst ist ein Raum der Auseinandersetzung, nicht der politischen Gleichschaltung.

#### 5. Generative KI und Urheberrecht

Generative KI stellt den Kunst- und Musikmarkt vor enorme Herausforderungen. Deshalb braucht es:

- klare urheberrechtliche Regeln für Trainingsdaten,
- Transparenzpflichten für KI-Anbieter,
- Vergütungsmodelle für Künstler\*innen, deren Werke genutzt werden,
- eine Stärkung der Künstlersozialkasse und perspektivisch ihre Ausweitung auf neue Berufsgruppen.

Technologischer Fortschritt darf nicht auf Kosten der kreativen Arbeit gehen.

#### 6. Lehrkräftemangel in der musikalischen Bildung

Der drohende Mangel an Musiklehrkräften ist alarmierend. Hier wollen wir an mehreren Punkten ansetzen:

- bessere Bezahlung und sichere Beschäftigungsverhältnisse an öffentlichen Musikschulen,
- stärkere finanzielle Förderung musikalischer Früherziehung,
- bessere Studienbedingungen an Hochschulen wie der Hochschule für Musik Freiburg,
- attraktivere Lehramtsstudiengänge und Entlastung im Schuldienst,
- Sicherung kleinerer Fächer und künstlerischer Studiengänge.

Musikalische Bildung ist kein Luxus, sondern Teil der kulturellen Teilhabe.

#### 7. Kultur, Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Kultur schafft Räume, in denen gesellschaftliche Konflikte sichtbar und verhandelbar werden. Theater, Chöre, Orchester, Clubs und soziokulturelle Zentren sind Orte demokratischer Praxis. Gerade angesichts eines erstarkenden Rechtsextremismus verteidigen wir kulturelle Vielfalt ausdrücklich: queer-feministische, migrantische und subkulturelle Ausdrucksformen gehören selbstverständlich zur öffentlichen Förderung. Kulturpolitik ist für uns daher immer auch Demokratiepoltik.

Gern stehe ich für einen persönlichen Austausch zur Verfügung. Eine Veröffentlichung dieser Stellungnahme in den von Ihnen genannten Kontexten begrüße ich ausdrücklich.

Mit freundlichen Grüßen

Lars Hofmann,  
Die Linke

Sehr geehrter Herr Prof. Nagel,

vielen Dank für Ihr ausführliches und engagiertes Schreiben sowie für die Offenheit, mit der Sie die Situation von Kunst und Kultur in Baden-Württemberg schildern. Sie sprechen darin für viele: für Studierende und Lehrende, für die freie Szene ebenso wie für große Institutionen, für Ehrenamtliche, Vereine und professionelle Kulturschaffende. Dieses breite Panorama macht deutlich, worum es hier geht – nicht um Einzelinteressen, sondern um eine tragende Säule unserer Gesellschaft.

Ich teile Ihre Einschätzung ausdrücklich: Kunst und Kultur stehen seit Jahren unter enormem Druck. Die Corona-Pandemie, die wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Krieges, Inflation und angespannte kommunale Haushalte haben strukturelle Schwächen offengelegt, die bereits zuvor bestanden. Kultur hat diese Krisen nicht verursacht – sie leidet aber überdurchschnittlich unter ihren Folgen. Dass Ausgaben für Kultur vielfach als „freiwillige Leistungen“ gelten, ist dabei ein zentrales Problem, dem wir politisch entschlossen begegnen müssen.

### **Kulturpolitisches Grundverständnis**

Für uns Grüne ist Kultur kein Luxus und kein verzichtbares Beiwerk, sondern Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie stiftet Sinn, Identität und Zusammenhalt, eröffnet Räume für Kritik, Empathie und demokratischen Diskurs. Gerade in Krisenzeiten zeigt sich ihre gesellschaftliche Bedeutung besonders deutlich. Deshalb brauchen Kulturschaffende keine wohlmeinenden Sonntagsreden, sondern verlässliche politische Rahmenbedingungen.

In Baden-Württemberg haben wir in den vergangenen Jahren bewusst gegenteilige Akzente zu Kürzungslogiken gesetzt: Der Kulturretat des Landes wurde seit 2011 deutlich erhöht, Förderprogramme ausgebaut und neue Schwerpunkte gesetzt – von der Stärkung der Breitenkultur über gezielte Unterstützung der freien Szene bis hin zu nachhaltigen Transformationsprozessen im Sinne von „Green Culture“. Dieser Weg ist für mich klar: Kulturförderung muss verlässlich, strukturell wirksam und sozial gerecht sein.

### **Förderung von Hoch- und Breitenkultur / „Neustart Kultur“**

Hochkultur, Breitenkultur und freie Szene stehen für mich nicht in Konkurrenz, sondern in einem produktiven Wechselverhältnis. Orchester, Theater und Hochschulen sind ebenso unverzichtbar wie Chöre, Musikvereine, Musikschulen und freie Initiativen. Programme wie „Neustart Kultur“ waren in der akuten Krisenphase wichtig und richtig, sie können jedoch keine dauerhafte kulturpolitische Strategie ersetzen. Zukunftsfähige Kulturpolitik braucht langfristige Förderstrukturen, Planungssicherheit und eine stärkere Verzahnung von Landes-, Bundes- und kommunaler Ebene.

### **Kommunale Haushaltskrisen und kulturelle Infrastruktur**

Die von Ihnen beschriebenen Haushaltssperren in vielen Kommunen bereiten mir große Sorge. Kulturelle Einrichtungen dürfen nicht die ersten Opfer kommunaler Sparzwänge sein. Das Land steht hier in der Verantwortung, Kommunen zu entlasten und gezielt zu unterstützen. Unser Ansatz ist klar: Statt kurzfristiger Kürzungen setzen wir auf strukturelle Stabilisierung, kooperative Fördermodelle und Investitionen in kulturelle Infrastruktur. Nur so lassen sich die Versäumnisse der Vergangenheit korrigieren, ohne kulturelles Kapital unwiederbringlich zu zerstören.

## **Kunstfreiheit, „Cancel Culture“ und internationale Konflikte**

Die Kunstfreiheit ist ein Grundrecht und für mich nicht verhandelbar. Sie schützt ausdrücklich auch unbequeme, irritierende oder kontroverse Positionen. Versuche, Künstlerinnen und Künstler pauschal von Förderungen oder Auftrittsmöglichkeiten auszuschließen, weil sie als „umstritten“ gelten, sehe ich kritisch. Kulturinstitutionen sollten Orte des Dialogs sein, keine Räume der Ausgrenzung.

Gerade in internationalen Konflikten kann und sollte Kultur Brücken bauen, wo politische Gesprächskanäle abbrechen. Pauschale kulturelle Sanktionen halte ich deshalb für problematisch. Differenzierung, Kontextualisierung und Dialogfähigkeit sind hier aus meiner Sicht der richtige Weg.

## **Generative Künstliche Intelligenz und Urheberrecht**

Die rasante Entwicklung generativer KI stellt Kunst und Kultur vor neue, tiefgreifende Herausforderungen. Wenn KI-Systeme massenhaft mit urheberrechtlich geschützten Werken trainiert werden, ohne Zustimmung oder Vergütung, ist das nicht hinnehmbar. Wir setzen uns deshalb für klare rechtliche Rahmenbedingungen ein, die Urheberinnen und Urheber schützen, Transparenz schaffen und faire Vergütungsmodelle sichern. Technologischer Fortschritt darf nicht auf Kosten künstlerischer Existenzgrundlagen gehen.

## **Fachkräftemangel in der musikalischen Bildung**

Der von Ihnen angesprochene Mangel an Musiklehrkräften ist alarmierend. Musikalische Bildung ist kein Randfach, sondern ein zentraler Bestandteil ganzheitlicher Bildung. Wir begegnen diesem Problem mit mehreren Ansätzen: durch die Stärkung der Musikhochschulen, den Ausbau von Musikgymnasien, gezielte Nachwuchsprogramme, bessere Studienbedingungen und eine stärkere Verankerung von Musik in der Ganztagsbildung. Ziel ist es, junge Menschen früh für musikpädagogische Berufe zu begeistern und ihnen verlässliche Perspektiven zu bieten.

Kunst und Kultur sind kein Kostenfaktor, den man in schwierigen Zeiten „mitlaufen lässt“, sondern eine Investition in die Zukunft unserer demokratischen Gesellschaft. Ich danke Ihnen ausdrücklich für Ihr Engagement und Ihre Bereitschaft, diese Fragen öffentlich zu machen. Den Austausch mit Kulturschaffenden halte ich für unverzichtbar – gern auch im persönlichen Gespräch.

Gegen eine Veröffentlichung meiner Antworten im von Ihnen beschriebenen Rahmen habe ich nichts einzuwenden.

Mit freundlichen Grüßen

**Daniela Evers**

Landtagsabgeordnete und Kandidatin von Bündnis 90/Die Grünen

## Antwort 14: Christina Hesse (Freie Wähler)

Sehr geehrter Herr Professor Nagel,

wir teilen Ihre Einschätzung: Kunst und Kultur stehen nach Corona, Inflation und multiplen Krisen **unter dauerhaftem Druck** – und werden in Haushaltsdebatten zu oft als „freiwillige Leistung“ behandelt. Für uns ist Kultur jedoch **kein Luxus**, sondern Teil der Daseinsvorsorge, Standortfaktor und Wirtschaftskraft: *„Kultur ist mehr als Unterhaltung! Künstler, Techniker, Veranstalter – sie alle gehören zur Wirtschaft und verdienen Unterstützung.“*

Unsere Leitlinie ist dabei pragmatisch: **verlässliche Strukturen statt Einmal-Programme, weniger Bürokratie, Planbarkeit über mehrere Jahre**, und ein starker Fokus auf **Breitenkultur/Ehrenamt** ebenso wie auf professionelle Einrichtungen.

1) Wie verstehen Sie die Aufgaben Ihrer Landesregierung in Hinblick auf die Förderung von Hoch- und Breitenkultur? Halten Sie „Neustart Kultur“ für ein zukunftsfähiges Modell der Kulturförderung schlechthin?

- **Hochkultur sichern** (Theater, Orchester, Oper, Museen, Hochschulen) durch verlässliche Grundfinanzierung, mehrjährige Perspektiven und faire Arbeitsbedingungen.
- **Breitenkultur stärken** (Vereine, Chöre, Musikvereine, Laientheater, Jugendkultur), weil sie gesellschaftlichen Zusammenhalt konkret erlebbar macht. In unserem Programm betonen wir ausdrücklich, dass **kleine Vereine und Kulturinitiativen nicht vergessen werden dürfen**.
- **Kulturzugang erleichtern**: Wir fordern z. B. *„Kultur für Kinder kostenlos“* bzw. kostenfreie Kulturangebote für junge Menschen.

### Zu „Neustart Kultur“ (Bundesprogramm):

„Neustart Kultur“ war aus unserer Sicht als **Kriseninstrument** sinnvoll – aber als Dauerlösung nicht ausreichend. Zukunftsfähig ist Kulturförderung dann, wenn sie

- **Planbarkeit** (mehrjährige Förderlinien, institutionelle Stabilität) schafft,
- **Bürokratiearm** ist,
- Und **die Fläche** erreicht (nicht nur Leuchttürme).

2) Durch Haushaltssperren in vielen Kommunen können lokalen Kulturinstitutionen (darunter städtische Orchester) derzeit keine verlässlichen Zusagen für den Weiterbetrieb gegeben werden.

Was möchten Sie tun, um haushälterische Versäumnisse der Vergangenheit in Ordnung zu bringen?

Wenn Kommunen Kultur nicht mehr verlässlich finanzieren können, trifft es zuerst diejenigen, die ohnehin wenig Puffer haben – freie Szene, Bildungsträger, Vereine, Nachwuchsarbeit.

Was wir politisch wollen:

- **Kommunen stärken statt allein lassen**. Unser Grundsatz: Politik von unten nach oben – die kommunale Realität muss wieder Gehör finden.
- **Faire Finanzbeziehungen**: Wir sprechen uns für eine Reform des Länderfinanzausgleichs aus, damit mehr Mittel für Projekte in Baden-Württemberg bleiben.
- **Priorität auf funktionierende Infrastruktur und Daseinsvorsorge** (dazu zählen aus unserer Sicht auch Kultur- und Bildungsangebote vor Ort) – statt kurzfristigem „Flickwerk“.

Praktisch heißt das: Wir würden uns für **verlässlichere Förderzusagen, mehrjährige Projekt- und Strukturförderung** und **vereinfachte Verfahren** einsetzen, damit Kulturträger nicht jedes Jahr in Existenzangst planen müssen.

3) Wie verstehen Sie die Kunstfreiheit, die unsere Verfassung zunächst ohne Einschränkung garantiert? Wie stehen Sie zu den Versuchen, KünstlerInnen von Förderungen oder gar Auftrittsmöglichkeiten auszuschließen („Cancel Culture“), weil sie als „umstritten“ beschrieben werden? Sollten sich Kulturinstitutionen an von Kriegsparteien geforderten Sanktionen beteiligen, oder nicht vielmehr über Konflikte hinaus Brücken bauen?

Für uns gilt: **Kunstfreiheit ist ein hohes Gut** und schützt auch unbequeme, kontroverse Kunst. Förderentscheidungen dürfen **nicht** nach Tageskampagnen oder Empörungswellen getroffen werden, sondern müssen transparent, rechtsstaatlich und anhand klarer Kriterien erfolgen.

- **Keine pauschalen Ausschlüsse** von Förderungen oder Auftrittsmöglichkeiten allein wegen „umstritten“-Etiketten.
- **Klare Trennlinie:** Strafrechtlich relevante Inhalte (z. B. Volksverhetzung) sind Sache des Rechtsstaats – alles darunter ist in einer Demokratie auszuhalten und zu diskutieren.
- **Kultur als Brücke:** Gerade in Konfliktzeiten können Kulturinstitutionen Verständigung ermöglichen. Sanktionen sind politische Instrumente – Kultur sollte nicht reflexhaft zum Austragungsort geopolitischer Stellvertreterkämpfe werden.

4) Was haben Sie vor, zum Thema Generative Künstliche Intelligenz zu unternehmen, die bereits heute den Kunst- und Musikmarkt mit ihren Erzeugnissen überschwemmt und dabei massive Urheberrechtsverletzungen begeht?

Wir nehmen die Sorgen sehr ernst: Generative KI verändert Kreativmärkte rasant – oft zulasten derjenigen, die die Inhalte geschaffen haben.

Was wir für richtig halten:

- **Urheberrecht durchsetzen und weiterentwickeln**, damit Training auf geschützten Werken nicht faktisch „kostenlos“ ist.
- **Transparenzpflichten:** Kennzeichnung KI-generierter Inhalte, nachvollziehbare Herkunft (für Plattformen/Anbieter) und wirksame Verfahren für Rechteinhaber.
- **Faire Vergütung/Lizenzen:** Wer mit geschützten Werken Modelle trainiert, muss **lizenzieren** und angemessen vergüten (nicht nur „opt-out“ auf Zuruf).
- **KI-Kompetenz in Bildung:** Gleichzeitig gehört der kompetente Umgang mit KI in die Bildung. Wir benennen explizit Zukunftstechnologien wie **Künstliche Intelligenz** als Unterrichtsthema.

Kurz: Innovation ja – aber nicht als Geschäftsmodell auf dem Rücken der Kreativen.

5) Wussten Sie schon, dass wir bundesweit einen erheblichen Mangel an Lehrkräften im Bereich der musikalischen Bildung auf uns zukommen sehen - im fünfstelligen Bereich? Wie sollten wir Ihrer Meinung nach diesem Problem begegnen?

Wir sehen das als Warnsignal. Musik, Kunst und kulturelle Bildung sind nicht „nice to have“, sondern prägen Persönlichkeit, Konzentration, Teamfähigkeit und soziale Bindung.

Wir setzen hier an mehreren Stellen an:

- **Musik und Kunst stärken:** In unserem Programm sagen wir ausdrücklich: „*Bildung ist mehr als Mathe und Deutsch! Wir stärken Musik, Kunst, Sport und Vereinsarbeit...*“

- **Mehr Lehrkräfte, bessere Bedingungen:** kleinere Klassen, mehr Lehrkräfte, und Lehrkräfte sollen lehren – nicht verwalten.
- **Ehrenamt & Vereine entlasten** (u. a. Chöre/Musikvereine): weniger Bürokratie, bessere Rahmenbedingungen, stärkere Unterstützung für Vereine – weil dort musikalische Bildung und Nachwuchsarbeit real stattfinden. Ehrenamt mit Rentenpunkten versehen.

Zusätzlich braucht es aus unserer Sicht: attraktivere Arbeitsbedingungen in der musikalischen Bildungslandschaft (Honorare/Planbarkeit), einfachere Kooperationen Schule-Verein-Musikschule und eine Förderung, die die **Fläche** erreicht.

### **Kultur, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Demokratie – konkret**

Unsere Sicht ist: Demokratie lebt nicht nur von Institutionen, sondern von **Orten**, an denen Menschen freiwillig zusammenkommen und Verantwortung übernehmen – Chor, Verein, Jugendkultur, Bühne, Proberaum. Darum verbinden wir Kulturpolitik eng mit Ehrenamts- und Teilhabepolitik: *„Sport und Kultur sind kein Luxus, sondern Lebensqualität“* und Vereine brauchen konkrete Hilfe bei Bürokratie, Digitalisierung und rechtlichen Fragen.

### **Hinweis zur Veröffentlichung**

Sie schreiben, dass Sie die Antworten veröffentlichen möchten: **Von unserer Seite ist das in Ordnung**, sofern die Wiedergabe **sinngemäß korrekt** erfolgt und als Statement der **FREIE WÄHLER Baden-Württemberg** gekennzeichnet ist.

Mit freundlichen Grüßen

Christina Hesse  
Direktkandidatin der FREIE WÄHLER Wahlkreis 49 EM  
Listenplatz 5, Baden-Württemberg

Sehr geehrter Herr Professor Nagel,

haben Sie herzlichen Dank für Ihr ausführliches und gewichtiges Schreiben vom 23. Februar. Dass Sie sich in so vielen Facetten, von der Ausbildung an der Musikhochschule über die Breitenkultur in den Chören bis hin zur freien Szene, mit solcher Verve für unsere Kulturlandschaft einsetzen, verdient meinen aufrichtigen Respekt und höchste Anerkennung. Ihr Engagement ist tief beeindruckend.

Ich kann Ihr Anliegen nicht nur politisch, sondern auch ganz persönlich sehr gut nachempfinden. Als Liebhaber der Klaviermusik weiß ich um die unmittelbare Kraft und Resonanz, die von diesem Instrument ausgehen kann. Für mich sind Kunst und Kultur weit mehr als ein schmückendes Beiwerk, sie sind essenzielle Säulen für unsere Lebensqualität, das soziale Miteinander und das geistige Fundament unserer Gesellschaft. Dieses Bewusstsein prägt auch mein privates Umfeld. Meine zweijährige Tochter besucht bereits seit einigen Monaten u.a. die Musikschule Konstanz und ich erlebe dort aus erster Hand, wie prägend diese kulturelle Bildung von klein auf ist.

Bitte entschuldigen Sie vielmals, dass die Beantwortung Ihrer Zeilen erst mit einigen Tagen Verzögerung erfolgt. Ich habe Ihre Nachricht erst gestern in einem älteren Mailordner entdeckt und möchte ihr nun die Aufmerksamkeit widmen, die sie verdient.

Sie haben vollkommen recht. Nahezu alle kulturellen Einrichtungen stehen derzeit unter massivem wirtschaftlichem Druck. Insbesondere die Situation der Bodensee Philharmonie, deren prekäre Lage bereits mehrfach medial thematisiert wurde, erfüllt mich mit Sorge. Dass der gesellschaftliche Aufschrei hierüber so verhalten ausfällt, ist ebenso erschreckend wie enttäuschend. Schließlich verfügt dieses Orchester nicht nur über eine enorme künstlerische Expertise, sondern blickt auch auf eine stolze Tradition zurück, die, wie ich bei einer besonderen Führung erfahren durfte, ihre Wurzeln in der Militärmusik der ehemaligen Konstanzer Garnison hat.

Leider ist der Kunst- und Kultursektor nicht der einzige Bereich, der um sein Überleben kämpft. Wir erleben einen Erosionsprozess in allen Bereichen der Daseinsvorsorge, ob auf dem Wohnungsmarkt, im Gesundheitswesen oder im Energiesektor. Da die Menschen die Belastungen dort oft schmerzhaft direkt und unmittelbar spüren, droht eine gefährliche Priorisierung zulasten der Kultur, in der fälschlicherweise das am ehesten verzichtbare Einsparpotenzial gesehen wird.

Wenn wir es, wie derzeit, mit einer ganzen Kaskade von Krisen zu tun haben, verstärkt sich dieser Effekt massiv. Als Nation haben wir uns m.E. in den letzten zwei Jahrzehnten zu einseitig vom Exportgeschäft abhängig gemacht. Dass wir zudem vor 15 Jahren die Weltmarktführerschaft im Bereich der regenerativen Energien leichtfertig aus der Hand gegeben haben, erweist sich heute als schweres strukturelles Hindernis, das wir uns selbst in den Weg gestellt haben. Die Folgen dieser Weichenstellungen müssen wir nun kollektiv ausbaden.

Ich befürchte zudem, dass die aktuelle Schuldenpolitik die Inflation eher weiter anfachen wird, während notwendige, umfassende Strukturreformen ausbleiben und finanzielle Mittel in Lobbyinteressen zu versanden drohen. Die gleichzeitigen Herausforderungen der Energie- und Mobilitätswende sowie die Entscheidung, perspektivisch fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Rüstung zu investieren, drohen uns vor unlösbare Probleme zu stellen. Parallel dazu verschlingt die Verwaltung gewaltige Ressourcen: Über 400 Milliarden Euro fließen jährlich in diesen Apparat,

während der Investitionsrückstau immer bedrohlichere Ausmaße annimmt, allein in der Stadt Konstanz beläuft er sich aktuell auf rund 200 Millionen Euro.

Hinzu kommt, dass die kommunalen Haushalte durch die Erfüllung immer neuer Landes- und Bundesvorgaben bis zum Bersten gespannt sind, was vor Ort oft zu einer kreativen, aber unzureichenden „Flickenschusterei“ führt. Genau hier gilt es jedoch anzusetzen: Nur leistungsfähige Kommunen mit echtem finanziellem Spielraum haben es selbst in der Hand, gemeinsam mit ihren Bürgern für mehr als nur das reine Überleben zu sorgen. Als Land, dessen wertvollste Ressourcen das Know-how und die schöpferische Geisteskraft seiner Menschen sind, dürfen wir unser größtes Potenzial nicht leichtfertig verschleudern. Wir müssen uns seiner Bedeutung stattdessen wieder vollumfänglich bewusst werden.

## **Hier sind meine Antworten auf Ihre Fragen:**

### **1. Zur Lage der Kulturbranche und „Neustart Kultur“**

Wenn wir uns den IST-Zustand nüchtern anschauen, ist das zentrale Problem meines Erachtens nicht ein Mangel an kultureller Qualität, sondern ein eklatanter Mangel an Verlässlichkeit. Das Land Baden-Württemberg verweist zwar stolz auf einen Kulturhaushalt von rund 627,4 Mio. Euro (2025) und 620,6 Mio. Euro (2026). Das klingt nach Stabilität, doch es ist eine Stabilität auf dem Papier, die an der Basis nicht ankommt. Während die Landesebene sich mit Zahlen schmückt, brechen in den Kommunen die Spielräume weg. Kultur gerät genau dort unter Druck, wo sie praktisch stattfindet: vor Ort, im Orchester, in der Musikschule, auf der Theaterbühne etc.

Konstanz ist hierfür ein schmerzhaftes Exempel. In einem Klima aus Haushaltssperren, Spardebatten und Investitionsstau muss sich eine Institution wie die **Bodensee-Philharmonie** beinahe jährlich neu rechtfertigen. Laut Wirtschaftsplan sind städtische Zuschüsse von rund 3,78 Mio. Euro (2025) und 3,88 Mio. Euro (2026) eingeplant und dennoch steht sofort die Debatte über Personalabbau oder gar Schließungen im Raum. Das ist kein produktiver „Kulturstreit“, sondern das Symptom einer tiefgreifenden Finanz- und Prioritätenkrise.

Kultur darf nicht das „Knautschpolster“ der Kommunalfinanzen sein. „Neustart Kultur“ war soweit ich das beurteilen kann, eine notwendige Notmaßnahme, um einen vollständigen Kollaps während der Pandemie zu verhindern, aber es war ein Rettungsschirm, kein Reforminstrument. Es hat die Symptome abgefedert, aber die Ursachen, die grassierende „Projektitis“, prekäre Honorare und eine bürokratische Förderlogik unberührt gelassen. Wir brauchen keine weiteren Sonderprogramme, sondern ein echtes **Kulturförderungsgesetz**, das institutionelle Förderung stärkt und die freie Szene aus der ewigen Antragsschleife befreit.

### **2. Förderung von Hoch- und Breitenkultur**

Ich sehe hier zwei gleichwertige Aufgaben: **Exzellenz sichern und Zugang ermöglichen**. Die Hochkultur (unsere Orchester, Theater und Hochschulen) benötigt langfristige Perspektiven. Wenn hier erst einmal Substanz verloren geht, dauert es Jahrzehnte, sie wieder aufzubauen. Gleichzeitig ist die Breitenkultur wie die Chöre, Musikschulen und Vereine als das unverzichtbare Fundament. Hier entsteht der Nachwuchs, hier wird kulturelle Teilhabe gelebt. Wenn dieses Fundament bröckelt, verliert auch die Hochkultur langfristig ihre Basis. Mein Ziel wäre es, kulturelle Bildung als festen Bestandteil der schulischen Realität zu verankern und Musikschulen strukturell so abzusichern, dass sie nicht vom „guten Willen“ klammer Kommunen abhängen.

### **3. Haushaltssperren und kommunale Versäumnisse**

Das Problem ist aus meiner Sicht systemisch: Aufgaben werden von Bund und Land nach unten delegiert, ohne die Finanzierung adäquat anzupassen. Wenn dann das Geld fehlt, wird bei den „freiwilligen Leistungen“ insbesondere der Kunst und Kultur zuerst gestrichen. Ich verspreche definitiv keine Wunderheilung, aber eine klare Priorisierung sollte gesetzt werden. Wir müssen die Kultur als verpflichtenden Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge definieren nicht nur rhetorisch, sondern gesetzlich. Nur eine gestärkte kommunale Finanzbasis verhindert, dass Kunst jedes Jahr aufs Neue zur Disposition steht. Wir müssen die Verwaltungskosten deutlich senken und dabei auch die Chancen der Digitalisierung etc. nutzen, damit die Mittel dort ankommen, wo sie wirken - beim Künstler und beim Publikum und nicht in den Mühlen der Bürokratie versanden lassen.

### **4. Kunstfreiheit, Cancel Culture und Sanktionen**

Kunstfreiheit ist für mich kein taktisches Instrument, sondern ein unverrückbares Grundprinzip. Staatliche Förderung darf niemals an politische Gesinnungsprüfungen gekoppelt werden. Alleine bei der Vorstellung graut es mir. Professionalität und Qualität müssen die Maßstäbe sein, nicht ideologische Übereinstimmung. Ich beobachte mit großer Sorge eine „Kultur der Ausladung“, in der bloße öffentliche Kontroversen genügen, um Künstler zu marginalisieren. Eine reife Demokratie muss Spannungen und Meinungsvielfalt aushalten und zu einem breiten Debattenraum einladen. Zu internationalen Konflikten sage ich klar: Kulturinstitutionen sollten Brückenbauer bleiben und nicht reflexhaft zum verlängerten Arm außenpolitischer Sanktionslogiken oder zweifelhafter Propaganda werden. Den Dialog abzubrechen ist leicht, ihn trotz Widrigkeiten aufrechtzuerhalten, ist die wahre Kunst und der klügere Weg.

### **5. Generative KI und Urheberrecht**

Innovation darf nicht auf der Entwertung menschlicher Kreativität und Produktivität beruhen. Das Kernproblem der generativen KI ist der Diebstahl von Trainingsdaten aus geschützten Werken ohne fairen Ausgleich. Zudem beherrschen die großen Modelle von OpenAI, Grok, DeepSeek, Gemini und Claude große Teile des Marktes. Ich setze mich für strikte Transparenzpflichten und wirksame Beteiligungsmodelle für Urheber ein. ( Ja auch als Ex-Pirat :D ) Wir brauchen eine rechtliche Klarheit zugunsten des Erlaubnisprinzips. Das Land muss hier über Bundesratsinitiativen und die Unterstützung von Kultur- und Verwertungsgesellschaften massiven Druck aufbauen. Bestenfalls wären eigene „saubere“ Modelle eine wirkungsvolle Alternative um mit Vorbild voran zu gehen.

### **6. Lehrkräftemangel in der Musik**

Mir war tatsächlich die Größenordnung in diesem Bereich nicht bewusst gewesen, wenngleich schon der Lehrermangel im herkömmlichen Schulischen Bereich eine Katastrophe ist, wo es ebenso an sämtlichen Ecken und Enden mangelt. Wer hier spart, spart an der geistigen Entwicklung kommender Generationen. Der fünfstellige Mangel an Lehrkräften ist eine bildungspolitische Zeitbombe. Wir benötigen unbedingt:

- Attraktivere Rahmenbedingungen im Lehramt und eine bessere soziale Absicherung für Lehrkräfte (insbesondere Freiberufler).
- Verbindliche Kooperationen zwischen Schulen, Musikschulen und Orchestern.
- Einen echten, einkommensunabhängigen Zugang zur musikalischen Bildung für jedes Kind.

All dies muss natürlich organisiert und finanziell umgesetzt werden. Aus meiner Sicht geht dies wenn der Wille und die Bereitschaft dazu vorhanden ist. Ich selbst kann Ihnen da keine großen Versprechen machen, da ich als Direktkandidat für das BSW eher einen geringen Einfluss habe. Allerdings kann ich Ihnen offene Augen und Ohren versprechen, die Bereitschaft zuzuhören, mit Ihnen und Ihrer Branche und den entsprechenden Institutionen in den Dialog und Austausch zu gehen und auch Probleme wie mögliche Lösungen klar und so laut wie machbar zu benennen.

**Ein abschließendes Wort zum gesellschaftlichen Zusammenhalt:**

Kultur schafft Räume des gemeinsamen Erlebens, in denen Menschen zusammenkommen können, ohne sich unmittelbar in politische Lager sortieren zu müssen. In einer Ära zunehmender Polarisierung ist diese verbindende Kraft unser wertvollstes Gut. Kulturpolitik als bloßen Nebenschauplatz zu behandeln, ist daher ein folgenschwerer strategischer Fehler - sie ist das tragfähige Fundament unserer demokratischen Stabilität und gelebter Vielfalt, keineswegs nur ihr dekoratives Ornament oder nützliches Beiwerk zur Selbstbestätigung.

Ich beanspruche für mich nicht, ein ausgewiesener Experte der Musikpädagogik oder ein profilierter Kulturpolitiker zu sein. Im Gegenteil. Vielmehr gibt es in dem Bereich noch sehr viel für mich zu entdecken und hinzuzulernen. Doch ich bin auch ein Mensch, der sich mit tiefer Überzeugung für eine gerechte, lebenswerte Gesellschaft und eine krisenfeste Daseinsvorsorge einsetzt. Für mich gehört eine stabile kulturelle Infrastruktur untrennbar zu einer verlässlichen staatlichen Grundversorgung. Denn ein Gemeinwesen, das seine kulturelle Seele vernachlässigt, verliert über kurz oder lang auch seinen inneren sozialen Zusammenhalt. Hinzu kommt, dass in unserem Geistes- und Kulturwesen eine immense (kreative) Kraft und enormes Potenzial schlummert, welches wir unbedingt nutzen sollten.

Einer Veröffentlichung meiner Antworten stimme ich sehr gerne zu und bin für Feedback jeder Art offen - ich schätze den lebendigen, gern auch kritischen Diskurs sehr. Sollten Sie in meinen Ausführungen fachliche Lücken entdecken, bitte ich Sie um etwas Nachsicht. Mir geht es weniger um theoretische Perfektion als vielmehr um die aufrichtige Auseinandersetzung mit Ihren Anliegen und den entschlossenen Willen, für unsere Kulturlandschaft hier im Landkreis Konstanz spürbar etwas zum Positiven zu bewegen – so weit wie machbar.

Ich freue mich darauf, von Ihnen zu hören – wünsche ein wundervolles Wochenende mit den besten und herzlichsten Grüßen

Daniel Niedzwetzki

**1. Wie verstehen Sie die Aufgaben Ihrer Landesregierung in Hinblick auf die Förderung von Hoch- und Breitenkultur? Halten Sie „Neustart Kultur“ für ein zukunftsfähiges Modell der Kulturförderung schlechthin?**

Aus liberaler Sicht besteht die Aufgabe der Landesregierung nicht darin, Kultur inhaltlich zu steuern, sondern verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen sich kulturelle Vielfalt entfalten kann. Die FDP Baden-Württemberg setzt sich daher für einen verbindlichen Landeskulturplan analog zum Landessportplan ein, der Förderstrukturen transparent, langfristig planbar und bürokratiearm organisiert. Kulturförderung muss verlässlich und transparent sein. Gleichzeitig wollen wir kulturferne Förderkriterien abbauen und private Unterstützung – Mäzenatentum, Sponsoring, Stiftungen – stärken. „Neustart Kultur“ war als Kriseninstrument in der Pandemie sinnvoll, weil es schnell und unbürokratisch Liquidität gesichert hat. Als dauerhafte Förderarchitektur ist ein solches Programm jedoch nicht geeignet. Für die Zukunft brauchen wir keine permanenten Sonderprogramme, sondern strukturelle Verlässlichkeit, mehrjährige Förderperspektiven und klar definierte Zuständigkeiten. Ziel ist eine Kulturpolitik, die Stabilität schafft.

**2. Durch Haushaltssperren in vielen Kommunen können lokalen Kulturinstitutionen (darunter städtische Orchester) derzeit keine verlässliche Zusagen für den Weiterbetrieb gegeben werden. Was möchten Sie tun, um haushälterische Versäumnisse der Vergangenheit in Ordnung zu bringen?**

Als Gemeinderat weiß ich natürlich, dass in finanziell schwierigen Zeiten freiwillige Leistungen wie Kulturförderung zuerst unter Druck geraten. Auch in Allensbach haben wir schon darüber diskutiert, ob wir unser tolles kulturelles Angebot so weiterführen können. Orchester, Musikschulen oder Theater brauchen aber Planungssicherheit über Jahre hinweg. Deshalb müssen die Ursachen angegangen werden. Für uns gilt konsequent das Konnexitätsprinzip: Wer Aufgaben überträgt, muss sie auch finanzieren. Das Land darf den Kommunen keine zusätzlichen Verpflichtungen ohne ausreichende Gegenfinanzierung auferlegen. Zudem müssen Bundesmittel, die für Kommunen bestimmt sind, vollständig und transparent weitergeleitet werden. Förderprogramme des Landes sollten vereinfacht und stärker pauschaliert werden, damit Kommunen wieder echte Handlungsspielräume erhalten, statt sich durch komplizierte Antragsverfahren zu arbeiten. Unser Ziel ist es, die kommunale

Finanzstruktur so zu stabilisieren, dass Städte wie Konstanz ihren Kulturinstitutionen wieder verlässliche Zusagen geben können. Kultur darf nicht in der dauerhaften Schwebelage hängen.

- 3. Wie verstehen Sie die Kunstfreiheit, die unsere Verfassung zunächst ohne Einschränkung garantiert? Wie stehen Sie zu den Versuchen, KünstlerInnen von Förderungen oder gar Auftrittsmöglichkeiten auszuschließen („Cancel Culture“), weil sie als „umstritten“ beschrieben werden? Sollten sich Kulturinstitutionen an von Kriegsparteien geforderten Sanktionen beteiligen, oder nicht vielmehr über Konflikte hinaus Brücken bauen?**

Die Kunstfreiheit ist in unserer Verfassung bewusst vorbehaltlos garantiert. Sie schützt nicht nur das Gefällige, sondern ausdrücklich auch das Irritierende und Umstrittene. In einer offenen Gesellschaft müssen Kunst und Kultur Räume der Provokation und des Diskurses bleiben können.

Ich sehe mit Sorge Tendenzen, Künstlerinnen und Künstler allein aufgrund politischer Zuschreibungen von Auftrittsmöglichkeiten oder Förderungen auszuschließen. Staatliche Förderung sollte sich an Qualität, Professionalität und Rechtstreue orientieren – nicht an Stimmungswellen oder Kampagnen. Rechtsverstöße sind selbstverständlich zu ahnden; darüber hinaus gilt jedoch: Meinungsvielfalt ist kein Makel, sondern Wesenskern einer freien Gesellschaft. Informellem Druck und pauschaler „Cancel Culture“ treten wir klar entgegen.

Gleichzeitig ist Kultur ein Raum der Verständigung über Grenzen hinweg. Gerade in internationalen Konflikten kann kultureller Austausch Brücken bauen, wo politische Kommunikation blockiert ist. Wenn rechtlich verbindliche Sanktionen bestehen, sind diese selbstverständlich einzuhalten.

- 4. Was haben Sie vor, zum Thema Generative Künstliche Intelligenz zu unternehmen, die bereits heute den Kunst- und Musikmarkt mit ihren Erzeugnissen überschwemmt und dabei massive Urheberrechtsverletzungen begeht?**

Generative KI verändert den Kunst- und Musikmarkt. Als Liberaler bin ich technologieoffen – aber nicht rechtsblind. Innovation braucht klare Spielregeln. Entscheidend ist, dass Urheberrechte respektiert und kreative Leistungen fair vergütet werden. Wir brauchen Transparenz darüber, mit welchen Trainingsdaten KI-Systeme arbeiten, und rechtssichere Lizenzmodelle, die die Interessen von Kreativen und Entwicklern in Einklang bringen. Das Land kann hier Vorbild sein, indem

es bei eigenen Förderprogrammen, Pilotprojekten oder Beschaffungen auf dokumentierte Rechtfertigung und nachvollziehbare Standards achtet. Statt pauschaler Verbote braucht es rechtssichere KI-Testfelder und praxisnahe Pilotprojekte, in denen faire Vergütungsmodelle erprobt werden können. Ziel ist es, Baden-Württemberg als Innovationsstandort zu stärken, ohne die Existenzgrundlage von Künstlerinnen und Künstlern zu untergraben.

**5. Wussten Sie schon, dass wir bundesweit einen erheblichen Mangel an Lehrkräften im Bereich der musikalischen Bildung auf uns zukommen sehen - im fünfstelligen Bereich? Wie sollten wir Ihrer Meinung nach diesem Problem begegnen?**

Der auf uns zukommende Mangel an Lehrkräften im Bereich der musikalischen Bildung ist alarmierend. Erstens – den Punkt gestatten Sie mir als Lehrer sicher - müssen wir den Lehrerberuf insgesamt attraktiver machen: weniger Bürokratie, Entlastung durch Verwaltungsassistenz, stärkere Unterstützung durch Schulsozialarbeit und Schulpsychologie sowie eine Angleichung der Bezahlung zwischen Grundschullehrer und Gymnasiallehrern. Lehrkräfte sollen unterrichten – nicht verwalten. Zweitens müssen die Ausbildungskapazitäten, insbesondere an Musikhochschulen, verlässlich gesichert und gestärkt werden. Musikpädagogik ist schließlich kein Randbereich, sondern z.B. an meiner Schule auch absolut identitätsstiftend. Drittens kommt den öffentlichen Musikschulen eine Schlüsselrolle zu. Ihre Landesförderung sollte auf 15 Prozent angehoben und gesetzlich abgesichert werden, um Planungssicherheit zu schaffen und sozialverträgliche Gebühren zu ermöglichen. Viertens müssen Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Bildungspartnern im Ganztage systematisch gestärkt werden.

## Antwort 17: Georg Köchling (Volt)

---

Sehr geehrter Herr Professor Nagel,

Gerne beantworte ich Ihr o.g. Schreiben. Volt ist noch eine kleine Partei mit wenig Entscheidungsmöglichkeiten im kulturpolitischen Raum. Trotzdem haben wir ganz klare Positionen, die ich Ihnen im Anhang mitgesendet habe.

Meine eigene Antwort mag in dem einen oder anderen Fall von Mitkandidierenden oder der Gesamtpartei oder auch der Stadtratsfraktion, in welcher unsere Stadtverordneten tätig sind, etwas anders gesehen werden, das Positionspapier zur Stärkung der Kulturbranche wurde von der Ortsgruppe Freiburg verfasst und kann als Konsens im Umfeld der hier für Volt Kandidierenden gesehen werden.

Ich hoffe, Ihre Fragen beantwortet zu haben. Für Rückfragen stehe ich zur Verfügung,

*Sehr geehrter Herr Prof. Nagel,*

*Volt ist als paneuropäische Partei der kulturellen Vielfalt in Europa, Deutschland und natürlich auch in Baden-Württemberg verpflichtet und fördert darum Hoch- und Breitenkultur, wo es möglich ist. - Ob Neustart Kultur als bundespolitisches Modell ausreicht, muss sich noch zeigen. Einzig darauf verlassen sollten wir uns nicht. Die Künstler Sozialkasse wird von Volt nicht in Frage gestellt! Wir als Volt streben die politische Schlagkraft an, die auch kulturellen Anforderungen ausreichend Unterstützung zukommen lassen kann. Eine Landesregierung soll und muss Hoch- und Breitenkultur fördern in Stadt und Land. Eine Konkurrenz um Ressourcen – zum Beispiel zur Entwicklung eines integralen Katastrophenschutzes im Rahmen des Klimawandels - ist naturgegeben und darf die gewachsenen kulturellen Institutionen nicht zerstören.*

*Kunsthfreiheit: Volt fordert Kunstfreiheit: Haß- oder Vernichtungsphantasien sollten als „Kunst“ nicht gefördert werden; auch in der Kunst hört die Freiheit jedes einzelnen dort auf, wo die Freiheitsrechte des anderen bedroht sind. Aber hier gibt es ganz klar einen Graubereich, in welchem Kunst Brücken schlagen kann und sollte. - Wichtig ist aus meiner Sicht, daß Kunst jeweils auch im historischen, ggf. auch individuell-sozialen Kontext gesehen werden darf und soll (Beispiele: Astrid Lindgren, Johannes Brahms, Heinrich von Herzogenberg). „Cancel culture“ lehnt Volt ab; trotzdem ist es kaum vermeidbar, daß individuelle Sponsoren („Mäzene“), Gremien oder auch staatliche Funktionsträger in der „Auswahl“ zu fördernder „Kunst“ immer einen individuellen Blickwinkel haben werden, der aus meiner Sicht unvermeidbar ist, kreativen und neuen Ideen zum Durchbruch helfen kann, aber auch Konflikte ausgelöst hat und auch wieder auslösen kann. Wir fordern einen Diskurs zwischen den Akteuren ohne Haß und persönliche, rassistische, nationalistische, religiöse oder sexistische Herabwürdigung. Staatliche Kunstförderung soll neben Kreativität supranationale Interaktionen fördern, aber nicht herabwürdigende oder Haß verherrlichende Kunst! Sicherlich kann in einem Graubereich der Versuch eines Gespräches und ein „Brückenbauen“ unterstützt werden*

*Künstliche Intelligenz: Dies ist für Künstler eine große Herausforderung, möglicherweise eine Bedrohung! Hier muss von Fachleuten geprüft werden, ob es sinnvoll, möglich und praktikabel ist, KI- oder Roboter- Steuern zu erheben, um „AI SLOP“ zu reduzieren und originäre Kreationen, auch im digitalen Bereich zu unterstützen. – Wahrscheinlich müssen Behörden dies integral über den europäischen „digital services act“ regulieren! – Herr Professor Nagel: hier haben Sie sehr recht: dringlicher Handlungsbedarf, den wir gerne angehen, sobald wir in entsprechenden Positionen wären.*

*Mangel an Lehrkräften, vor allem im Fach Musik: Mein Vorschlag: den Beruf attraktiv machen; im Grund- und Hauptschulbereich Lehrer:innen fördern, die als Quereinsteiger Musik unterrichten wollen. Lehrer:innen großzügige Möglichkeiten eröffnen, zusätzliche „on-top“ Fortbildungen für die Breitenkultur zu fördern und auch in dieser „Breitenkultur“ nebenamtlich tätig zu werden und evtl. etwas Taschengeld verdienen zu dürfen, zum Beispiel mit hohen sozialabgaben- und steuerfreien Pauschalen bei ehrenamtlichen Dirigaten und ähnliches.*

*Kulturförderung ist für Volt ein Herzensthema; Europa hat eine hochaktive, sehr differenzierte und diverse zeitgenössische Kulturszene und sich historisch immer in Musik, Kunst, Architektur und Wissenschaft von Süd nach Nord, von Ost nach West und umgekehrt befruchtet. Dies will Volt weiterführen und fördern. Für eine paneuropäische Partei ist dies ein Teil unserer paneuropäischen politischen DNA. Für Volt sind Kultur und Kunst neben anderen Gemeinsamkeiten ein relevantes Element der Zusammengehörigkeit in Europa, Deutschland und Baden-Württemberg. Dies gilt es zu pflegen und zu erhalten.*

*Im Anhang ein Volt-Positionspapier, an welchem sich nicht geändert hat, welches aber natürlich nicht zu Detailfragen und besonders problematischen Teilbereichen Stellung beziehen kann.*

Georg Köchling,  
Direktkandidat für Volt, Landtagswahlkreis 46, Freiburg I

## Positionspapier Stärkung der Kulturbranche

### Ausgangslage

Die Kulturbranche ist ein essenzieller Bestandteil unserer Gesellschaft. Sie stiftet Identität, fördert Gemeinschaft und trägt zur wirtschaftlichen Stabilität bei. Die letzten Jahre haben jedoch gezeigt, dass Kultur oft nicht als politische Priorität behandelt wird. Die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine und die Inflation haben die Kulturbranche vor enorme Herausforderungen gestellt. Kulturschaffende sind oft die ersten, die finanzielle Einbußen erleiden, und die letzten, die wieder volle Unterstützung erhalten.

Volt Freiburg setzt sich dafür ein, dass Kunst und Kultur nicht als "freiwillige Leistung", sondern als unverzichtbarer Bestandteil der Gesellschaft angesehen werden. Eine starke Kulturpolitik auf kommunaler, nationaler und europäischer Ebene ist notwendig, um Kulturschaffenden langfristige Perspektiven zu bieten.

### Argumente

#### Pro verstärkte Kulturförderung:

- **Gesellschaftlicher Zusammenhalt:** Kultur gibt Menschen Halt, Identität und ein Gefühl von Gemeinschaft. Gerade in Krisenzeiten ist sie von unschätzbarem Wert.
- **Wirtschaftliche Bedeutung:** Die Kulturbranche ist ein relevanter Wirtschaftsfaktor, schafft Arbeitsplätze und belebt den Tourismus.
- **Bildung und Vielfalt:** Kulturelle Bildung muss im Schulsystem gestärkt werden. Interkulturelle Projekte und barrierefreie Kulturangebote sind essenziell für eine inklusive Gesellschaft.
- **Internationale Vernetzung:** Die europäische Zusammenarbeit in der Kulturbranche muss intensiviert werden, um grenzüberschreitende Projekte zu ermöglichen.

- **Kulturelles Erbe:** Historische Gebäude, Plätze und Denkmäler müssen erhalten und nachhaltig genutzt werden.

## Position von Volt Freiburg

Basierend auf wissenschaftlichen Erkenntnissen und unter Berücksichtigung der oben genannten Argumente setzt sich Volt Freiburg für folgende Maßnahmen ein:

1. **Faire Vergabe von städtischen Fördermitteln:** Kulturprojekte müssen langfristig finanziell abgesichert werden.
2. **Bereitstellung von Räumen:** Un- oder untergenutzte Räumlichkeiten sollen für Proben, Veranstaltungen und kreative Arbeit genutzt werden.
3. **Erhalt und Schaffung von Veranstaltungsorten:** Musikhäuser, Theater und andere Kulturräume müssen erhalten und gefördert werden.
4. **Freiluft-Kulturaktivitäten:** Die Nutzung öffentlicher Plätze für kulturelle Veranstaltungen soll erleichtert werden.
5. **Reform der Kulturförderung auf Bundesebene:** Planbare und krisenfeste Unterstützungsmechanismen sowie steuerliche Erleichterungen für Kulturschaffende.
6. **Stärkung der europäischen Kulturpolitik:** Ausbau von EU-Programmen wie "Creative Europe" und eine verbindliche europäische Strategie zur Förderung kultureller Teilhabe.

*Volt Freiburg empfiehlt eine umfassende Stärkung der Kulturbranche durch kommunale, nationale und europäische Maßnahmen. Kunst und Kultur sind essenziell für eine progressive und resiliente Gesellschaft. Sie verdienen eine langfristige, planbare Unterstützung, die Kulturschaffenden eine sichere Existenz und der Bevölkerung den freien Zugang zu kulturellen Angeboten ermöglicht.*

Sehr geehrter Herr Nagel,

herzlichen Dank für Ihre Anfrage, anbei finden Sie unsere Antworten!

Kunst und Kultur müssen als Teil der Daseinsvorsorge gelten und öffentlich gefördert werden. Die soziale Sicherheit von Künstlerinnen und Künstlern ist für uns keine Nebensache, sondern eine Hauptsache. Wir fordern verbindliche Mindeststandards bei der Honorierung in der freien Kunst- und Kulturarbeit, branchenspezifische Honoraruntergrenzen und eine rechtlich abgesicherte Ausstattungsvergütung. Darüber hinaus muss die Künstlersozialkasse (KSK) für weitere Berufsgruppen geöffnet, die Verdienstobergrenze für nicht-künstlerische Tätigkeiten dauerhaft angehoben und der Bundeszuschuss erhöht werden. Unser Ziel ist es, allen unständig Beschäftigten und Soloselbstständigen eine gute soziale Absicherung zu garantieren.

2. Wie verstehen Sie die Aufgaben Ihrer Landesregierung in Hinblick auf die Förderung von Hoch- und Breitenkultur? Halten Sie „Neustart Kultur“ für ein zukunftsfähiges Modell der Kulturförderung schlechthin?

Der Zugang zu Kultur darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir wollen kulturelle Teilhabegerechtigkeit realisieren und damit Chancengleichheit und Vielfalt in der Breite stärken. Ein rein projektbasiertes Programm wie „Neustart Kultur“ halten wir nicht für das zukunftsfähige Modell schlechthin. Die Kulturförderung muss im Gegenteil weg von einer reinen Projekt-Kultur und hin zu einer Strukturförderung entwickelt werden, um Planungssicherheit für alle Beteiligten zu gewährleisten. Die Kulturförderung muss insgesamt nachhaltiger, prozesshafter, unbürokratischer und weniger projektorientiert gestaltet werden.

3. Durch Haushaltssperren in vielen Kommunen können lokalen Kulturinstitutionen (darunter städtische Orchester) derzeit keine verlässliche Zusagen für den Weiterbetrieb gegeben werden. Was möchten Sie tun, um haushälterische Versäumnisse der Vergangenheit in Ordnung zu bringen?

Dass Kulturinstitutionen unter klammen Kassen leiden, ist das Ergebnis einer verfehlten Finanzpolitik. Wir wollen von Regierungspräsidien verordnete Haushaltssperren abschaffen, da diese ein unzulässiger Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung sind und zu Sozialabbau in den Kommunen führen. Um Kommunen wieder handlungsfähig zu machen, fordern wir ein bundesweites Kommunalentschuldungspaket und einen Schuldenschnitt für überschuldete Kommunen. Damit die Kommunen ihre Aufgaben in der Kulturpflege dauerhaft erfüllen können, soll die Kulturförderung zu einer verbindlichen Pflichtaufgabe werden. Zudem wollen wir das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern beenden und Kultur als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen sowie als Staatsziel im Grundgesetz verankern.

4. Wie verstehen Sie die Kunstfreiheit, die unsere Verfassung zunächst ohne Einschränkung garantiert? Wie stehen Sie zu den Versuchen, KünstlerInnen von Förderungen oder gar Auftrittsmöglichkeiten auszuschließen („Cancel Culture“), weil sie als „umstritten“ beschrieben werden? Sollten sich Kulturinstitutionen an von Kriegsparteien geforderten Sanktionen beteiligen, oder nicht vielmehr über Konflikte hinaus Brücken bauen?

Die Linke verteidigt die grundgesetzlich verankerte Freiheit der Kunst. Wir lehnen staatliche oder institutionelle Eingriffe ab, die den Rahmen zulässiger demokratischer Meinungsäußerungen verengen. Berufsverbote oder die Einführung von Gesinnungs- und Bekenntnisklauseln bei der

Vergabe öffentlicher Fördermittel lehnen wir strikt ab. Als Friedenspartei setzen wir auf internationale Kooperation, Diplomatie und die zivile, friedliche Konfliktlösung. Kulturinstitutionen sollten aus unserer Sicht Orte des Austauschs bleiben und Brücken bauen, anstatt sich in den Dienst von Blockkonfrontationen stellen zu lassen.

5. Was haben Sie vor, zum Thema Generative Künstliche Intelligenz zu unternehmen, die bereits heute den Kunst- und Musikmarkt mit ihren Erzeugnissen überschwemmt und dabei massive Urheberrechtsverletzungen begeht?

Wir wollen den Einsatz von Künstlicher Intelligenz gesetzlich regulieren, um in erster Linie eine gemeinwohlorientierte Anwendung sicherzustellen. Grundsätzlich muss eine gerechte Verteilung des Wohlstands und der Gewinne aus Automatisierung und KI sichergestellt werden. Für die Entwicklung von KI-Anwendungen und das maschinelle Lernen (wie Text und Data Mining) hat der europäische Gesetzgeber bereits eine Urheberrechtsschranke geschaffen. Einen akuten Änderungsbedarf im Urheberrecht sehen wir an dieser spezifischen Stelle derzeit nicht, betonen aber, dass die Auswirkungen des Einsatzes von KI auf den Kulturmarkt sehr aufmerksam beobachtet werden müssen. Um Urheberrechtsverletzungen und Ausbeutung generell zu bekämpfen, wollen wir die Verhandlungsposition von Kreativen im Urhebervertragsrecht stärken. Wir streben ein umfassendes Verbandsklagerecht an, das bei Verstößen gegen Transparenzpflichten und die Pflicht zur angemessenen Vergütung greift, um große Plattformen und Verwerter in die Verantwortung zu nehmen.

6. Wussten Sie schon, dass wir bundesweit einen erheblichen Mangel an Lehrkräften im Bereich der musikalischen Bildung auf uns zukommen sehen - im fünfstelligen Bereich? Wie sollten wir Ihrer Meinung nach diesem Problem begegnen?

Der sich zuspitzende Lehrkräftemangel ist uns sehr wohl bewusst und alarmiert uns zutiefst. Um diesem Mangel – gerade im so essenziellen Bereich der musikalischen Bildung – wirksam zu begegnen, setzen wir als Linke auf folgende konkrete Lösungsansätze:

Gute Arbeitsbedingungen und feste Anstellungen statt prekärer Verträge:

Gerade öffentliche Bildungseinrichtungen und Musikschulen müssen hier eine Vorbildfunktion einnehmen: Sie müssen ihren Lehrkräften zunehmend feste Anstellungsverhältnisse anbieten, statt sie mit befristeten Honorarverträgen abzuspeisen. Wir fordern eine gezielte Förderung öffentlicher Musikschulen, um eine faire, tarifliche Bezahlung der Musiklehrkräfte sicherzustellen.

Ausbildung öffnen und Quer- sowie Seiteneinstieg erleichtern:

Wir wollen das Lehramtsstudium attraktiver gestalten, die Vergütung im Referendariat spürbar erhöhen und insgesamt mehr Studienplätze zur Ausbildung von Lehrkräften schaffen. Ein ganz zentraler Hebel, um dem Mangel schnell zu begegnen und der sich gerade für professionelle Musikerinnen und Musiker anbietet, ist die gezielte Qualifizierung und Förderung von Quer- und Seiteneinsteiger\*innen sowie die Etablierung sogenannter Ein-Fach-Lehrkräfte. So können Fachleute aus der musikalischen Praxis ihr Wissen direkt in die Schulen tragen.

Aufwertung der kulturellen Bildung:

Kulturelle und musische Bildung darf kein Nischenthema sein, das bei Personalengpässen als Erstes gestrichen wird. Wir setzen uns dafür ein, dass die kulturelle Bildung zu einem verpflichtenden Bestandteil der Lehrerbildung im gesamten Studium, im Referendariat sowie in der Fortbildung wird.

Massive Investitionen in die Bildungsinfrastruktur:

Damit Schulen wieder Orte werden, an denen sowohl das Lehren als auch das Lernen – gerade in

kreativen und musischen Fächern – Freude macht, muss die Mangelverwaltung beendet werden.  
 Wir fordern bundesweit ein 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für Bildung (statt für Rüstung),  
 um unsere Schulen umfassend zu sanieren und modern auszustatten.

Ich wünsche Ihnen einen guten Start in die Woche und  
 Herzliche Grüße

Kim Sophie Bohnen

Sehr geehrter Herr Nagel,

vielen Dank für Ihre Nachricht. Wir (Eric Waibel als Direktkandidat und die Genoss\*innen im Kreisverband) haben uns Ihrer Fragen angenommen und beziehen mit dem Dokument im Anhang Stellung dazu.

Beste Grüße  
der Kreisvorstand des KV Breisgau-Hochschwarzwald

### **Kultur braucht Freiräume und gesicherte Finanzierung**

Leider hat uns ihr Schreiben erst sehr kurz vor der anstehenden Wahl erreicht. Trotzdem vielen Dank. Gerne hätten wir unsere Kulturschaffenden und Fachleute in die Beantwortung ihrer Fragen einbezogen, was auf Grund der Kürze der Zeit leider nicht möglich ist. Deshalb hier jetzt unsere kurze Antwort zu den wesentlichen Themen und Aspekten.

#### **Anmerkungen zur Finanzierung:**

Musikhochschulen und Schulen sind ein wesentlicher Teil des staatlichen Kulturauftrages und benötigen eine gesicherte langfristige Finanzierung ihrer Arbeit durch das Land. Bei der Budgeterstellung sind sie zu beteiligen. Das wäre einer unserer Ansätze. Der Begriff Neustart ist hier fehl am Platz. Das Vorgehen des Berliner Senats ist ein Beispiel für eine Kahlschlagpolitik ohne die Einbeziehung der Kulturschaffenden und Nutzer/innen.

Bei der Finanzierung der kommunalen Kulturarbeit geht es auch um Sicherheit der Finanzierung für die kommunalen wie auch freien Einrichtungen und Kulturschaffenden. Die Budgets für Kultur dürfen nicht dem Wechselspiel der Haushalte unterworfen werden. Diese Budgets müssen unter Mitwirkung der Gewerkschaften und Verbände der Kulturschaffenden entwickelt und mit Ihnen abgestimmt werden. Sie müssen langfristig wirken und absichern. Gemeinsam mit den Gewerkschaften kämpfen wir schon lange für eine soziale Absicherung aller Kulturschaffenden. Kommunale Haushalte brauchen dringend eine Entlastung ihrer Altschulden durch Bund und Land. Der Bund und die Länder müssen die Finanzierung aller Aufgaben die sie auf die Kommunen abgewälzt haben vollständig übernehmen. Nicht nur Straßen und Schienen sowie Energieversorgung sind Teile der Infrastruktur auch die Kultur gehört aus unserer Sicht dazu.

#### **Anmerkung zum Stellenwert der Kultur und Kulturschaffenden**

Bildung und Kultur sind zwei Seiten einer Medaille und daher unverzichtbar für ein funktionierendes und demokratisches Gemeinwesen. Kultur braucht neben der Finanzierung Freiheit um sich entwickeln zu können. Kultur und die Kulturschaffenden dürfen nicht zum Spielball der Parteipolitik werden. Ein negatives Beispiel dazu ist die aktuelle Diskussion um die Berlinale. Kultur und ihre Akteure müssen sich auch politisch äußern dürfen und kritisch sowie unbequem sein, das gehört zur Freiheit.

Kritische Äußerungen von Kulturschaffenden zu Israel, GAZA und den Palästinensern dürfen nicht mit der Keule des Antisemitismus niedergeschlagen werden. Das Leiden der Menschen in GAZA und Westjordanland, ihre Vertreibung und Ermordung sollte ungehindert benannt werden dürfen. Das gilt auch für jede andere Form von Terror, Gewalt, Krieg und Ausbeutung.

#### **Anmerkungen zur Künstlichen Intelligenz und Urheberrecht**

KI in jeder Form braucht dringend eine nationale und europäische Regulierung um Menschen vor Manipulationen zu schützen und Falschinformationen kenntlich zu machen. Zu dieser Regulierung gehört dann auch das Recht auf geistiges Eigentum besser zu schützen und gewerblichen

Nutzer/innen bzw. die Anbieter von Streaming Diensten und KI generierten Inhalten dazu zu zwingen für das geistige Eigentum anderer Nutzungsentgelte zu bezahlen.

### **Anmerkungen zur Finanzlage der öffentlichen Haushalte**

Mit unserer Forderung TAX the rich also den Spitzensteuersatz zu erhöhen und Schlupflöcher schließen sowie die Wiedereinführung der Vermögensteuer wäre eine breite Finanzierungsbasis auch für die Kultur und Bildung vorhanden. Steuerehrlichkeit, konsequente Verfolgung von Geldwäsche und Steuerhinterziehung wären ein weiterer Beitrag dazu.

Sehr geehrter Herr Nagel,

haben Sie vielen Dank für die Übersendung Ihrer Hinweise und Fragen sowie das damit verbundene Interesse an unserer Arbeit und unseren kulturpolitischen Positionen. Wir wissen sehr zu schätzen, mit welcher fachlichen Tiefe und Sorgfalt Sie Ihre Fragen formuliert haben und wie engagiert Sie sich für die kulturelle Infrastruktur unseres Landes einsetzen. Kulturelle Einrichtungen, Initiativen und Verbände leisten einen unverzichtbaren Beitrag zu gesellschaftlichem Zusammenhalt, Teilhabe und Demokratie.

Sie werden sicher nachvollziehen können, dass manche der von Ihnen angesprochenen Themen derzeit noch fachlich diskutiert werden und zum Teil auch nicht Gegenstand aktueller Beschlussfassungen unsererseits sind. Konkrete Aussagen zum künftigen Regierungshandeln können zudem erst nach Abschluss etwaiger Koalitionsverhandlungen getroffen werden. Ebenso betreffen einige Ihrer Fragen Bereiche, die in kommunale wie bundespolitische Zuständigkeiten hineinreichen, sodass wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht auf jedes Detail eingehen können.

Wir bitten daher um Ihr Verständnis, dass wir von einer konkreten Beantwortung Ihres gesamten Fragekatalogs derzeit absehen müssen. Uns ist es wichtig, gerade bei komplexen Themen keine vorschnellen Aussagen zu treffen. Dies verstehen wir als Ausdruck von Seriosität und Verlässlichkeit im Umgang mit Ihren Anliegen.

**Dennoch möchten wir Ihnen gerne einen Einblick in unsere kulturpolitische Arbeit und Positionen geben,** denn Ihre Hinweise sind wertvoll und wir werden sie wo möglich auch in unsere weitere Arbeit einfließen lassen. Ergänzend habe ich Ihnen daher auch unser aktuelles Positionspapier zur Kunstfreiheit/ kulturellen Bildung angehängt.

Als CDU-Fraktion stehen wir fest an der Seite unserer Kultureinrichtungen, Künstlerinnen und Künstler sowie der vielen kulturellen Initiativen im Land:

- **Aufgaben des Landes – Hoch- und Breitenkultur verlässlich sichern:** Die Landesregierung trägt die Verantwortung, gemeinsam mit den Kommunen eine tragfähige kulturelle Infrastruktur zu schaffen. Dabei gilt für uns: Kulturelle Angebote müssen auch „in finanziell schwierigen Zeiten“ verlässlich bleiben und Hoch- und Breitenkultur verdienen gleichermaßen Aufmerksamkeit. Programme wie „Neustart Kultur“ waren zweifelsohne wichtige Maßnahmen zur Krisenbewältigung. Unser Ziel ist eine nachhaltige Kulturpolitik, die Stabilität gewährleistet und Planungssicherheit schafft. Dafür braucht es eine verlässliche Förderung. Deshalb setzen wir einen klaren Schwerpunkt auf die Evaluation aller bestehenden Förderprogramme und insbesondere auf den Ausbau institutioneller Förderung, die für Kontinuität und Verlässlichkeit sorgt, anstelle einer überwiegend projektbezogenen Finanzierung.
- **Kommunale Haushalte – Verantwortung gemeinsam stemmen:** Viele Einrichtungen berichten über Unsicherheiten durch kommunale Haushalte. Wir setzen hier auf klare Prioritäten: Mehrjährige Kultur- und Finanzplanungen, die dauerhaft Vertrauen schaffen. Gemeinsame Verantwortung von Land und Kommunen, um Kultur nicht zum „Restposten“ in Krisenzeiten werden zu lassen. Transparente Prioritätensetzung, damit die kulturelle Grundversorgung erhalten bleibt.

- **Kunstfreiheit und gesellschaftlicher Diskurs:** Wir stehen uneingeschränkt zur Kunstfreiheit als zentralem Verfassungswert. Kultureinrichtungen sind Orte des Dialogs, der Offenheit und der demokratischen Bildung. Daher gilt für uns: keine Ausgrenzungen aufgrund politischer Zuschreibungen. Kulturinstitutionen sollen Brücken bauen, nicht Gräben vertiefen. „Cancel Culture“ widerspricht unserer Vorstellung eines offenen kulturellen Miteinanders.
- **Generative KI – klare Regeln zum Schutz kreativer Arbeit:** KI eröffnet große Chancen, aber auch Risiken. Wir setzen uns dafür ein, dass Urheberrechte konsequent geschützt werden, dass Künstlerinnen und Künstler nicht durch intransparente KI-Systeme benachteiligt werden und dass faire Rahmenbedingungen für freischaffende Kreative gelten, wie sie auch in unseren kulturpolitischen Antworten betont wurden. Technologische Innovation soll Kreativität stärken – nicht verdrängen.
- **Lehrkräftemangel in der musikalischen Bildung – realistisch angehen:** Der absehbare Mangel an Musiklehrkräften ist eine ernsthafte Herausforderung. Hierbei setzen wir auf Ansatzpunkte wie die Stärkung außerschulischer Partner im Ganzttag, insbesondere der Musikschulen. Außerdem nehmen wir die Weiterentwicklung von Ausbildungswegen und Kooperationen in den Blick. Musikalische Bildung ist ein tragender Bestandteil kultureller Teilhabe, daher werden wir sie entsprechend priorisieren.

Insgesamt gilt: Kultur ist keine Nebensache für uns, sondern eine zentrale Grundlage unserer demokratischen Gesellschaft.

Daher nochmals herzlichen Dank für Ihre Nachricht und für Ihr weiteres Engagement alles Gute.

Freundliche Grüße

Anna Staffa

**Grundsatz und Koordination**



Sehr geehrter Herr Nagel,

vielen Dank für Ihre ausführliche Nachricht. Man merkt in jeder Zeile, dass Sie nicht nur für sich sprechen, sondern für viele, die täglich Probenräume heizen, Noten sortieren, Unterricht geben, Konzerte möglich machen und damit etwas zusammenhalten, was man politisch gern beschwört, aber viel zu selten schützt: die kulturelle Substanz unseres Landes.

Kunst und Kultur sind für mich kein Schmuck am Rathaus, den man bei Haushaltskälte als erstes abmontiert. Kultur ist Standortfaktor, Bildung, Ehrenamt, Identität und nicht zuletzt auch ein Stück seelische Infrastruktur. Wenn es hart wird, brauchen Menschen Orte und Angebote, die verbinden. Genau deshalb ist es falsch, Kultur regelmäßig als freiwillige Leistung zu behandeln, die man nach Kassenlage mal erlaubt und mal streicht. Wer so handelt, spart kurzfristig Geld und zahlt langfristig den Preis in Form von Vereinssterben, Nachwuchsverlust und ausgedünnter Breitenkultur.

Aus meiner Arbeit im Gemeinderat weiß ich gleichzeitig sehr konkret: Kultur kostet Geld. Und ich bin derjenige, der Steuergeld so einsetzen will, dass es den größtmöglichen Nutzen für die Gesellschaft bringt. Genau da liegt die Spannung, die Sie beschreiben, und die ich vor Ort jeden Haushalt wieder sehe. In meiner Gemeinde zeichnet sich beim Kulturangebot klar ab, dass wir weniger Besucher verzeichnen. Es wird versucht, mit Anpassungen und neuen Formaten wieder attraktiver zu werden, gerade auch für die jüngere Generation. Eine Lösung, die sicher und dauerhaft zum Erfolg führt, habe ich ehrlich gesagt noch nicht. Im Moment werden verschiedene Dinge ausprobiert, manches funktioniert, anderes nicht. Aber ich halte es für die falsche Konsequenz, daraus zu schließen, Kultur solle man einfach zusammenstreichen. Die richtige Konsequenz ist, Kulturangebote realistischer, zielgenauer und näher am Publikum zu organisieren, ohne dabei das Niveau zu opfern oder die Breitenkultur zu entwerten.

Zur Rolle des Landes: Baden-Württemberg muss Hochkultur und Breitenkultur gleichermaßen im Blick behalten. Beides gehört zusammen. Ein Land, das große Häuser pflegt, aber die Musikschule vor Ort verhungern lässt, sägt am Nachwuchs. Und ein Land, das Ehrenamt und Vereine rhetorisch feiert, sie aber in Bürokratie und unsicheren Zuschüssen ertränkt, handelt widersprüchlich. Was wir brauchen, sind verlässliche, mehrjährige Förderlinien statt Projektfeuerwerk, weniger Antragsirrsinn und eine klare Priorität: kulturelle Bildung und kulturelle Infrastruktur im ganzen Land, nicht nur in den Zentren. Programme wie Neustart Kultur waren in der Krise ein Rettungsring. Als Dauerprinzip taugen sie nur dann, wenn sie aus dem Ausnahmezustand in ein solides, planbares System überführt werden, das nicht jedes Jahr neu gezittert werden muss.

Zu den Kommunen: Wenn Städte und Gemeinden Haushaltssperren verhängen, trifft es Kultur oft als erstes, obwohl sie vor Ort am meisten Wirkung entfaltet. Für mich ist der zentrale Hebel, die Kommunen strukturell zu entlasten. Pflichtaufgaben, die von oben beschlossen werden, müssen auch von oben finanziert werden. Das ist keine nette Bitte, das ist eine Frage der Fairness. Parallel dazu braucht es beim Land Instrumente, die Planungssicherheit geben, damit Orchester, Musikschulen, Bibliotheken, Vereine und Veranstalter nicht jedes Jahr aufs Neue um ihre Existenz würfeln. Wer von Kommunen erwartet, dass sie Kultur tragen, darf sie nicht gleichzeitig finanziell ausbluten lassen.

Zur Kunstfreiheit und zum Umgang mit sogenannten umstrittenen Künstlern: Ich stehe klar zur Kunstfreiheit. Kultur darf nicht zum Gesinnungsparcours werden, bei dem Förderanträge und Auftrittsmöglichkeiten davon abhängen, ob jemand dem Zeitgeist gefällt. Ich halte es für gefährlich, wenn Kulturinstitutionen anfangen, politische Säuberungskriterien zu übernehmen, statt sich auf Qualität, Publikum und den offenen Diskurs zu konzentrieren. Brücken bauen ist oft die eigentliche Stärke von Kunst, gerade in Konfliktzeiten. Sanktionen, die aus Kriegslogik heraus in den Kulturbetrieb hineingetragen werden, müssen extrem sorgfältig abgewogen werden. Pauschale Ausschlüsse nach Herkunft oder Zuschreibungen lehne ich ab. Wo konkrete Straftaten, klare

Hetze oder direkte Gewaltaufrufe vorliegen, greift ohnehin das Recht. Alles andere muss eine freie Gesellschaft aushalten, sonst verliert sie genau das, was sie zu verteidigen vorgibt.

Zum Thema generative KI: Hier sehe ich akuten Handlungsbedarf, weil der Markt bereits überrollt wird, während Urheber und Leistungsträger hinterherlaufen. Es braucht eine klare Durchsetzung des Urheberrechts, Transparenzpflichten für Trainingsdaten, Kennzeichnungspflichten für KI Inhalte und wirksame Vergütungsmodelle, wenn Werke für das Training genutzt werden. Wer aus Millionen kreativer Arbeiten lernt, darf nicht so tun, als käme das aus dem Nichts. Für Baden-Württemberg heißt das auch, dass wir unsere Kulturinstitutionen und Ausbildungsstätten dabei unterstützen müssen, Kompetenzen im Umgang mit KI aufzubauen, ohne die künstlerische Arbeit zu entwerten. Technik soll dienen, nicht verdrängen.

Zum Lehrkräftemangel in der musikalischen Bildung: Das ist für mich ein Alarmsignal, weil es die Wurzel betrifft. Wenn der Nachwuchs in Schule und Musikschule ausdünn, ist die Bühne von morgen leer, ganz egal wie gut die Gebäude von heute sind. Wir brauchen attraktivere Arbeitsbedingungen, weniger Verwaltungsballast, verlässliche Stellenmodelle, bessere Übergänge zwischen Studium, Referendariat, Musikschule und freier Praxis und eine Ausbildung, die nicht an der Lebensrealität vorbei organisiert ist. Wenn wir musikalische Bildung ernst nehmen, müssen wir sie als Kernauftrag begreifen und nicht als schönes Extra.

Sie schreiben, Sie möchten Antworten veröffentlichen. Dagegen habe ich nichts, im Gegenteil: Transparenz ist richtig. Wenn Sie möchten, biete ich Ihnen zusätzlich ein kurzes Telefonat an, damit wir an den Punkten, die für Freiburg, die Musikschulen, den Chorverband und die freie Szene besonders brennen, konkreter werden.

Mit freundlichen Grüßen

**Matthias Jehle**

Vorsitzender KV Waldshut

Stadtrat Wehr (Baden) und Kreisrat in Waldshut

Mitglied des Regionalverband Hochrhein-Bodensee

Landtagskandidat Wahlkreis 59 (Rheinfelden-Waldshut)